

Die Wirtschaft in Sachsen 1914–1918

Probleme einer regionalen Industriewirtschaft im ersten (fast) totalen Krieg

von
PETER MERTENS

I. Einleitende Bemerkungen

Kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs resümierte der Syndikus des Verbandes Sächsischer Industrieller, Johannes März, *daß die sächsische Industrie im Kriege schwer gelitten hat, wahrscheinlich mehr als die anderer Bundesstaaten*.¹ Damit griff er eine Bemerkung des Leiters der Kriegsrohstoffabteilung des preußischen Kriegsministeriums, Major Koeth, von Anfang Dezember 1916 auf.² Während einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller äußerte dieser nämlich, man wisse in Berlin, *welche Opfer im besonderen die sächsische Industrie schon gebracht hat; die sächsische hat wohl die schwersten Opfer gebracht*.³ Ob Koeths Aussage seinen tatsächlichen Standpunkt widerspiegelt oder doch eher dem ‚diplomatischen‘ Zweck der Beruhigung der über einige wirtschaftspolitische Entscheidungen der Reichsleitung verärgerten Wirtschaftsführer Sachsens diene, muß dahingestellt bleiben.⁴ Inhaltlich entsprach sie aber einer in sächsischen Wirtschaftskreisen und zum Teil auch in der Bevölkerung verbreiteten Überzeugung, die zudem eng mit der Sorge verbunden war, daß Berlin bei der Verteilung der knappen Rohstoffe, Güter und Lebensmittel

¹ JOHANNES MÄRZ, Die sächsische Industrie im Kriege, in: Johann Edmund Hottenroth (Hg.), Sachsen in großer Zeit. Gemeinverständliche sächsische Kriegsgeschichte und vaterländisches Gedenkwerk des Weltkrieges in Wort und Bild. Nach amtlichen Quellen, Bd. 3, Leipzig 1923, S. 212–231, hier S. 212.

² Zur Bedeutung der Kriegsrohstoffabteilung vgl. WOLFGANG MICHALKA, Kriegsrohstoffbewirtschaftung, Walther Rathenau und die ‚kommende Wirtschaft‘, in: Ders. (Hg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, München 1994, S. 485–505; zu Koeths Rolle vgl. GERALD D. FELDMAN, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin/Bonn 1985 (Englische Originalausgabe: 1966), S. 57, 339–343.

³ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (im folgenden: SächsHStA Dresden), Ministerium des Innern (im folgenden: MdI) 7431, Bl. 47.

⁴ Zum Hintergrund vgl. die Niederschrift über die Sitzung des Kriegsausschusses der sächsischen Industrie vom 18. 9. 1916 in SächsHStA Dresden, MdI 7053, Bl. 142 ff.

die anderen Bundesstaaten – vor allem Preußen – bevorzugte.⁵ Beispielsweise konstatierte Innenminister Graf Vitzthum von Eckstädt im Juni 1918 wegen hoher Vorgaben seitens des preußischen Kriegsammtes bezüglich der Zahl stillzulegender Spinnereien, er erkenne darin *ein neues Glied in der langen Kette schwerer Benachteiligung der sächsischen Industrie*.⁶

Abweichend von dieser zeitgenössischen Auffassung erklärt in neueren Untersuchungen Werner Bramke die vermeintlich so besonders prekäre Wirtschaftsentwicklung im Elbkönigreich damit, daß „für die Anforderungen der Rüstung im Ersten Weltkrieg die Struktur der sächsischen Industrie weitgehend unvorteilhaft und demzufolge der Anpassungsdruck sehr groß“ und darüber hinaus „Sachsens Industrie nicht auf Kriegsbedürfnisse ausgerichtet“ gewesen sei.⁷ Wegen der starken Abhängigkeit von ausländischen Exportmärkten, dem hohen Anteil an textilindustriellen Unternehmungen bei einer gleichzeitig relativ geringen Zahl produktionsgütererzeugender und schwerindustrieller Fabriken, dem Überwiegen von Klein- und Mittelbetrieben sowie dem „Mangel an Kapital“ bzw. Rohstofflagerstätten habe die Industrie im Krieg „weitgehend still[gelegen]“ oder sich „nur mit Ausweichproduktion über Wasser halten“ können.

Bramkes Begründung steht allerdings – wie der Autor bei einem Resümee der industriellen Entwicklung zwischen 1914 und 1960/61 auch selbst feststellt – in einem gewissen Widerspruch zu der von ihm beobachteten Krisenanpassungsfähigkeit und (technischen) Innovationskraft der sächsischen Wirtschaft, für deren Agrarsektor er zudem ein hohes Maß an Modernität konstatiert.⁸ Aufgrund dieser Eigenschaften sollte es ihr in einem Krieg, dem in vielfacher Hinsicht die Rolle eines Beschleunigers oder sogar ‚Modernisierers‘ wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Prozesse zugeschrieben wird,⁹ eigentlich leichter gefallen

⁵ Vgl. dazu z. B. SächsHStA Dresden, Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 2525, Bl. 371 f.; Kriegsarchiv (Potsdam) (im folgenden: KA(P)) 12794, Bl. 77; LEO STERN (Hg.), Die Auswirkungen der großen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4/II), Berlin 1959, Nr. 165, S. 633; RUDOLF KÖTZSCHKE/HELLMUT KRETZSCHMAR, Sächsische Geschichte. Werden und Wandlungen eines Deutschen Stammes und seiner Heimat im Rahmen der Deutschen Geschichte, Bd. 2, Dresden 1935, S. 239; SANG WOOK PARK, Sächsische Kriegsindustrie und -wirtschaftspolitik 1914–1918, Berlin 2003, S. 199.

⁶ SächsHStA Dresden, Mdi 7579, Bl. 3–6.

⁷ WERNER BRAMKE, Sachsens Industrie(gesellschaft) vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik, in: Werner Bramke/Ulrich Heß (Hg.), Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert (Leipziger Studien zur Erforschung von regionenbezogenen Identifikationsprozessen, Bd. 2), Leipzig 1998, S. 27–51, hier S. 28, 35; zum folgenden vgl. ebd., S. 33–37, 44 f., 50 f.

⁸ WERNER BRAMKE, Modernisierung in Sachsen im Industriezeitalter als Problem der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte, in: Heinz-Werner Wollersheim/Sabine Tzschaschel/Matthias Middell (Hg.), Region und Identifikation (Leipziger Studien zur Erforschung von regionenbezogenen Identifikationsprozessen, Bd. 1), Leipzig 1998, S. 147–155, hier S. 150 f.; DERS., Sachsens Industrie(gesellschaft) (wie Anm. 7), S. 28 f.

⁹ Vgl. exemplarisch die einleitenden Bemerkungen in WOLFGANG KRUSE (Hg.), Eine Welt von Feinden. Der Große Krieg 1914–1918, Frankfurt/M. 1997, S. 7 f.

sein als den weniger industrialisierten Wirtschaften anderer Bundesstaaten, den kriegsbedingten Herausforderungen zu begegnen. War folglich die sächsische Wirtschaft und vor allem ihr sekundärer Sektor vielleicht gar nicht so anpassungsfähig? Oder waren es doch Benachteiligungen durch die preußisch dominierte Reichsleitung, die Sachsens Wirtschaft zusetzten? Oder handelte es sich bei den Klagen über die ökonomische Lage letztlich um Übertreibungen bzw. falsche Einschätzungen?

Zum Beantworten dieser Fragen sind vorrangig zwei Aspekte zu erörtern: 1. In welchem Umfang ‚litt‘ die sächsische Wirtschaft – d. h. insbesondere das Kernelement ihres Selbstverständnisses, die Industrie – tatsächlich unter dem Krieg? 2. Wie nahm sich die industrielle Entwicklung während des Kriegs in Relation zur inländischen ‚Konkurrenz‘ in den wichtigsten anderen Bundesstaaten aus? Die nachfolgende Untersuchung stützt sich dazu hauptsächlich auf die in der Forschung wenig beachteten Statistischen Jahrbücher für das Königreich (bzw. für den Freistaat) Sachsen und die Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten, aus denen sich die quantitative Entwicklung jeweils gut erschließen läßt.¹⁰

Im Mittelpunkt der Darstellung steht, wie bereits angedeutet, der sekundäre Sektor, da er im ökonomischen Gefüge Sachsens die überragende Position einnahm.¹¹ Für den hier versuchten Überblick kann allerdings auf eine kurze Betrachtung auch des primären und des tertiären Sektors nicht verzichtet werden.¹² Zunächst

¹⁰ Eine Ausnahme bildet PARK, *Sächsische Kriegsindustrie* (wie Anm. 5), der auf die Statistischen Jahrbücher und die Berichte der Handelskammer zurückgreift. Die Publikationen der Carnegie-Stiftung zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkriegs (Deutsche Serie) (vgl. GUNTHER MAI, *Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1918*, Stuttgart 1983, S. 13–17) bieten kaum weiterführende Aufschlüsse über die Entwicklung in Sachsen. Bereits während des Kriegs wurde aber – motiviert durch die Einrichtung der Wissenschaftlichen Kommission beim preußischen Kriegsministerium (vgl. ebd., S. 17–20) – mit der Untersuchung der *Kriegswirtschaft im Bereiche der sächsischen Heeresverwaltung* begonnen (vgl. SächsHStA Dresden, MdI 9576 und 9577), deren Ergebnisse u. a. zusammengefaßt sind in: PETER V. GEBHARDT, *Aus der Tätigkeit des Königlich Sächsischen Kriegsministeriums während des Weltkrieges*, in: Hottenroth, *Sachsen in großer Zeit* (wie Anm. 1), Bd. 3, S. 117–140; KARL SEWERING, *Die wirtschaftlichen Aufgaben des stellvertretenden Generalkommandos des XIX. (2.S.) Armeekorps*, in: ebd., S. 155–176; *Die sächsischen Intendanturen im Heimatgebiet*, in: ebd., S. 141–154.

¹¹ In Sachsen dominierte die Industrie die Wirtschaftsstruktur wie in keinem der anderen großen Bundesstaaten des Kaiserreichs. Gemäß der Berufszählung von 1907 wiesen die drei wichtigsten Berufsabteilungen folgende Anteile an der Summe der Berufszugehörigen auf: Berufsabteilung A (Landwirtschaft): Sachsen 10,7 %; Preußen 28,6 %; Bayern 40,3 %; Württemberg 37,7 %; B (Industrie): 59,3 %; 42,8 %; 33,3 %; 40 %; C (Handel und Verkehr): 15,2 %; 13,2 %; 11,6 %; 9,6 %; vgl. *Statistik des Deutschen Reichs* (im folgenden: StDR), NF 211 (Berufsstatistik. Abteilung X: Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes), bearb. im Kaiserlichen Statistischen Amte, Berlin 1913, S. 36*–41*.

¹² Für die in bezug auf die Bewirtschaftung des Arbeitsmarkts bestehenden, kriegsspezifischen Interdependenzen zwischen den Wirtschaftssektoren und die Bevorzugung der Industrie bzw. der Landwirtschaft bei der Verteilung der Arbeitskräfte vgl. PETER MERTENS, *Zivil-militärische Zusammenarbeit während des Ersten Weltkriegs. Die ‚Nebenregierungen‘ der Militärbefehlshaber im Königreich Sachsen* (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde, Bd. 11), Leipzig 2004, Kap. 6.1.3.

sollen jedoch einige die sektorale Perspektive ergänzende faktorale Gesichtspunkte erörtert werden, welche die Verfügbarkeit und den Einsatz der (volkswirtschaftlichen) Produktionsfaktoren betreffen, aus denen sich ja als Indikator der Leistungsfähigkeit das Produktionspotential bestimmt.

II. Die Produktionsfaktoren¹³

Gemessen an den Schwankungen der Unternehmungseinkommen und im Gegensatz zu der stärker auf die Fertigung von Produktionsgütern ausgerichteten preußischen Wirtschaft verfügte die sächsische Wirtschaft in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg über eine *gewisse Krisenfestigkeit*.¹⁴ Ihre Leistungsfähigkeit stellte sie insbesondere während der von 1905 bis 1913 dauernden, reichsweiten Wachstumsphase unter Beweis, als das Königreich einen, verglichen mit den anderen Bundesstaaten, überproportional hohen Anstieg des Durchschnittseinkommens verzeichnen konnte.¹⁵ Freilich waren 1914 die Handlungsoptionen trotz einer gegenüber den Belangen der Wirtschaft aufgeschlossenen sächsischen Staatsführung begrenzt durch die Integration in das Deutsche Reich, die große Abhängigkeit von den Auslandsmärkten, eine noch zu erheblichen Teilen in der Frühphase der Industrialisierung gründende Gewerbe- bzw. Handelsstruktur und die eigentümliche Heterogenität der Produktionsfaktoren.¹⁶

Eine Stärke des Wettinerreichs war sein solides Potential an gut ausgebildeten und flexiblen Arbeitskräften.¹⁷ Die Basis für das relativ hohe Niveau technisch-

¹³ Die Erörterung der Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital, Boden) erfolgt pointiert und rein deskriptiv, da eine systematische, quantifizierende Analyse bisher aussteht. Zur Erfassung der wirtschaftlichen Entwicklung anhand der Produktionsfaktoren vgl. einleitend MICHAEL FRENKEL/KLAUS DIETER JOHN, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung*, München 2003, S. 133–149.

¹⁴ PAUL BRAMSTEDT, *Die Krisis der sächsischen Industriewirtschaft* (Veröffentlichungen des Verbandes Sächsischer Industrieller, Bd. 67), o. O. 1932, S. 3.

¹⁵ ROLAND ZEISE/BERND RÜDIGER, *Bundesstaat im Deutschen Reich (1871–1917/18)*, in: Karl Czok (Hg.), *Geschichte Sachsens*, Weimar 1989, S. 381–428, hier S. 416; HANS-ULRICH WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3: *Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1849–1914*, München 1995, S. 608 ff.; VOLKER HENTSCHEL, *Erwerbs- und Einkommensverhältnisse in Sachsen, Baden und Württemberg vor dem Ersten Weltkrieg (1890–1914)*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 66 (1979), S. 26–73, hier S. 42.

¹⁶ Vgl. WOLFRAM FISCHER, *Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze – Studien – Vorträge* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 1), Göttingen 1972, S. 473; SIEGFRIED GERLACH, *Sachsen: Ein wirtschafts- und sozialgeographischer Überblick*, in: Ders. (Hg.), *Sachsen. Eine politische Landeskunde* (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 22), Stuttgart/Berlin/Köln 1993, S. 21–76, hier S. 49, 52; ZEISE/RÜDIGER, *Bundesstaat* (wie Anm. 15), S. 403 f.

¹⁷ Vgl. KARLHEINZ BLASCHKE, *Grundzüge sächsischer Geschichte zwischen der Reichsgründung und dem Ersten Weltkrieg*, in: Simone Lässig/Karl Heinrich Pohl (Hg.), *Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch*, Weimar/Köln/Wien

organisatorischen Wissens bildeten überdurchschnittliche Investitionen in die Förderung des Humankapitals, welche die sächsische Regierung in Friedenszeiten auf der Grundlage leicht, aber stetig wachsender Einnahmen vornahm.¹⁸ Zwar wird die von Zeise/Rüdiger für das ausgehende 19. Jahrhundert konstatierte führende Position des Landes beim Ausbau der Volksschulen¹⁹ durch die schulstatistischen Erhebungen für 1911 hinsichtlich der Schüler-Lehrer-Quote nur bedingt gestützt. Die Daten zeigen aber immerhin eine Spitzenstellung bei den höheren Knabenschulen. 1911 kamen auf einen Lehrer folgende Schülerzahlen (in Volksschulen/in höheren Knabenschulen): Preußen 57/19, Bayern 57/17, Württemberg 58/23, Sachsen 55/16.²⁰ Darüber hinaus wandte Sachsen, gemessen an der Bevölkerungszahl, im Vergleich zu Preußen deutlich mehr Mittel für Ausbau und Unterhalt seiner beiden Hochschulen in Dresden und Leipzig auf.²¹

Die hohe Reputation namentlich der sächsischen Facharbeiter, die überdies als verhältnismäßig billig galten, führte im Ersten Weltkrieg allerdings zu ernsthaften Problemen für die heimische Wirtschaft: Mit der Ausweitung der Produktion hochwertiger Rüstungsgüter begannen nämlich (besserzahlende) Unternehmen vornehmlich aus dem Raum Berlin-Brandenburg und dem Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet vermehrt, qualifizierte Kräfte abzuwerben.²²

1997, S. 11–26, hier S. 23; MANUEL SCHRAMM, Konsum und regionale Identität in Sachsen 1880–2000. Die Regionalisierung von Konsumgütern im Spannungsfeld von Nationalisierung und Globalisierung (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte 164), Stuttgart 2002, S. 93–98; KÖTZSCHKE/KRETZSCHMAR, Sächsische Geschichte (wie Anm. 5), S. 209.

¹⁸ Während die Summe der Zu- bzw. Überschüsse des Staatshaushaltsetats 1914/15 mit 119,8 Millionen Mark um ca. 7,2 % über denen des Etats von 1906/07 lag, erhöhten sich die Ausgaben für die Schulen im Einzelnen wie folgt: Für Volksschulen von 10,1 auf 17,7 Millionen Mark (Steigerung: 75 %), für Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Realschulen und höhere Mädchenbildungsanstalten von weniger als 2,2 auf über 4,4 Millionen Mark (100 %), für die Technische Hochschule Dresden und die Universität Leipzig von zusammen 3,3 auf über 5,4 Millionen Mark (64 %) sowie für die Lehrerseminare von 2,9 auf knapp 4,3 Millionen Mark (48 %). Zusammen machten die Bildungsinvestitionen 16,5 % des Gesamtetats für 1906/07, aber 26,6 % desjenigen für 1914/15 aus; vgl. dazu Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen (im folgenden: SJKS), hrsg. vom Königlich Sächsischen Statistischen Landesamt, 42. Jahrgang (1914/15), S. 212.

¹⁹ Vgl. ZEISE/RÜDIGER, Bundesstaat (wie Anm. 15), S. 392.

²⁰ Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich (im folgenden: SJDR), hrsg. vom Kaiserlichen Statistischen Amte, 36. Jahrgang, Berlin 1915, S. 318, 320; ferner FRITZ STAUDE, Sachsen im preußisch-deutschen Reich (1871–1917/18), in: Sächsische Heimatblätter 30 (1984), S. 123–137, hier S. 136.

²¹ Umgerechnet auf die Einwohnerzahl gab das Königreich Preußen 1914 für seine Universitäten und die Technische Hochschule pro Kopf nur etwa zwei Drittel der Summe aus, die Sachsen in die Leipziger Universität und die Technische Hochschule zu Dresden investierte. Angaben für Preußen aus THOMAS NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, S. 570.

²² Vgl. MERTENS, Zivil-militärische Zusammenarbeit (wie Anm. 12), Kap. 6.1.3.2.

Neben der hohen Qualität erfuhr der Produktionsfaktor Arbeit durch das Bevölkerungswachstum eine kontinuierliche quantitative Ausweitung.²³ Das blieb jedoch ohne negative Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation, da der Zuwachs an Arbeitsplätzen mit dieser Entwicklung Schritt hielt. Arbeitslosigkeit war vor 1914 „kein Massenphänomen“ und wurde „auch kaum als solches wahrgenommen“.²⁴ Die hauptsächlich durch eine Panikreaktion der Unternehmen auf die Verhängung des Kriegszustands am 31. Juli 1914 verursachte Welle von Freisetzen, welche die Erwerbslosenzahl bis Ende August auf 143 099 hochschnellen ließ,²⁵ stellte in diesem Kontext einen Sonderfall dar. Bereits Ende 1914 war die Lage wieder konsolidiert. Später entstand mit der allmählichen Umstellung auf die Kriegsproduktion sowie der zunehmenden Konkurrenz durch das Heer sogar ein Nachfrageüberhang zugunsten der (männlichen) Arbeitskräfte, der aber durch die vermehrte Erschließung neuer Arbeitergruppen (vor allem Frauen) teilweise kompensiert werden konnte.

Im Unterschied zur Arbeit stellte sich die Situation beim Produktionsfaktor Boden ungünstig dar. Nicht regenerierbare Rohstoffe waren in Sachsen ebenso knapp wie die für landwirtschaftliche Zwecke nutzbare Fläche.²⁶ Im Krieg wurden zwar umfangreiche Anstrengungen unternommen, um die durch die Entente-Blockade potenzierten Probleme des Mangels an regionalen Ressourcen zu kompensieren. Doch setzte die Abhängigkeit von Einfuhren aus den anderen Bundesstaaten *den Landesorganen bei vielen ihrer Maßnahmen enge Grenzen und erschwerte auch sonst die Versorgung, da es den Wirtschaftsplan für die Gesamtheit des sächsischen Volkes abhängig machte von Faktoren, auf welche Sachsen selbst nur wenig oder gar keinen Einfluß nehmen konnte.*²⁷

Hinsichtlich des Kapitals vertritt Bramke die Auffassung, in der sächsischen Industrie habe ein signifikanter Mangel bestanden.²⁸ Ein Blick auf die Situation der Kapitalgesellschaften bestätigt diese Annahme auch zunächst:²⁹ 1909 hatten nur

²³ Zwischen 1871 und 1910 wuchs in Sachsen die Einwohnerzahl von 2 556 244 um 88 % auf 4 806 661, während im gesamten Reich der Anstieg 52 % betrug.

²⁴ EWALD FRIE, Wohlfahrtsstaat Sachsen? Das Königreich und Preußen im Vergleich, in: Lässig/Pohl, Sachsen im Kaiserreich (wie Anm. 17), S. 343–370, hier S. 349.

²⁵ In den Jahren 1910 bis 1912 lag die Arbeitslosenzahl bei 12 440 bzw. 11 078; am Ende des Rezessionsjahres 1913 war dagegen immerhin ein Anstieg auf 18 720 zu verzeichnen (Arbeitslosenquote: 3,8 pro 1 000 Einwohner); vgl. dazu Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes (im folgenden: ZSSLA) 60/1 (1914), S. 90 f.

²⁶ ZEISE/RÜDIGER, Bundesstaat (wie Anm. 15), S. 383.

²⁷ Vgl. WILHELM F. L. KÜLZ, Die Volkswirtschaft Sachsens im Kriege, in: Hottenroth, Sachsen in großer Zeit (wie Anm. 1), Bd. 3, S. 200–211, hier S. 206.

²⁸ Vgl. z. B. BRAMKE, Sachsens Industrie(gesellschaft) (wie Anm. 7), S. 50 f.

²⁹ Wegen der schwierigen Quellenlage ist im Rahmen dieses Beitrags keine Untersuchung der Mittelausstattung der Einzelunternehmungen und Personengesellschaften möglich. Das ist bedauerlich, weil diese Unternehmensformen in Sachsen, dessen Wirtschaftsstruktur von Klein- und Mittelbetrieben bestimmt war, eine weitaus größere Rolle spielten als im übrigen Deutschen Reich; vgl. dazu allgemein JÜRGEN KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Frankfurt/M. 1978, S. 25–29.

8,9 % der Aktiengesellschaften und 5,4 % der Gesellschaften mit beschränkter Haftung ihren Sitz in Sachsen,³⁰ obwohl sich dort 13,2 % aller deutschen Betriebe mit über 50 Beschäftigten befanden.³¹ Bis 1919 erhöhte sich dieser Anteil nur leicht: Bei den GmbHs auf rund 6 %, bei den AGs auf ca. 9,4 %. Ein Vergleich des Kapitalbestands fällt ebenfalls relativ ungünstig aus. 1909 wiesen die sächsischen GmbHs zusammen nur knapp 4,9 %, 1919 kaum mehr als 5,7 % des gesamten Stammkapitals aller deutschen GmbHs auf,³² während die AGs sowohl vor 1914 als auch während des Ersten Weltkriegs durchschnittlich nur drei Viertel des mittleren Nominalkapitals deutscher Aktiengesellschaften erreichten (Tabelle 1):

	Nominalkapital bestehender AGs			Nominalkapital neu gegründeter AGs			Stammkapital neu gegründeter GmbHs		
	Sachsen	Deutsches Reich	in %	Sachsen	Deutsches Reich	in %	Sachsen	Deutsches Reich	in %
1910	2.220.300	2.924.300	75,9	1.447.200	1.394.700	103,8	117.500	86.600	135,7
1911	2.300.400	3.015.700	76,3	1.123.700	1.395.400	80,5	106.800	98.700	108,2
1912	2.390.000	3.128.800	76,4	1.649.100	1.367.400	120,6	121.400	82.200	147,7
1913	2.373.600	3.163.900	75,0	1.180.900	1.238.900	95,3	107.900	86.300	125,1
1914	2.412.000	3.240.100	74,4	1.847.100	2.707.700	68,2	53.200	101.200	52,6
1915	2.417.800	3.274.500	73,8	1.314.300	999.400	131,5	87.100	127.400	68,4
1916	2.437.500	3.306.900	73,2	935.000	1.271.400	73,5	74.900	129.300	57,9
1917	2.490.700	3.404.000	73,2	1.491.200	2.418.000	61,7	120.900	111.300	108,6
1918	2.646.500	3.519.900	75,2	907.500	2.014.900	45,0	127.300	110.900	114,8

Tabelle 1: Durchschnittliches Nominal-/Stammkapital sächsischer und deutscher Kapitalgesellschaften³³

Nimmt man allerdings das Gründungskapital als Maßstab, verändert sich das Bild. In den Jahren vor 1914 starteten nämlich die Kapitalgesellschaften Sachsens mit einer im Reichsdurchschnitt liegenden Mittelausstattung, die bei den GmbHs permanent sogar höher lag als bei ihren Pendanten in Preußen und den anderen Bundesstaaten. Erst mit dem Kriegsausbruch stand den neu gegründeten sächsischen Unternehmen vergleichsweise weniger finanzielle Substanz zur Verfügung, was sich bei den GmbHs aber bereits 1917 wieder änderte.

³⁰ Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs (im folgenden: VStDR), hrsg. vom Statistischen Reichsamt, 31. Jahrgang (1922), S. I 150, I 167.

³¹ Für Betriebe, die eine Mitarbeiterzahl von etwa 50 überschritten und damit in steigendem Umfang Betriebsmittel, Arbeitskräfte und Werkstoffe benötigten, war die Rechtsform der Kapitalgesellschaft gegenüber derjenigen der Personengesellschaft im Grunde vorzuziehen, da sie – neben anderen Vorteilen – bessere Finanzierungsmöglichkeiten eröffnete; vgl. dazu u. a. ERICH BENNDORF, *Weltwirtschaftliche Beziehungen der sächsischen Industrie* (Probleme der Weltwirtschaft, Bd. 28), Jena 1917, S. 80.

³² Vgl. VStDR 31, S. I 167.

³³ Berechnet nach VStDR, 28/1 (1919), S. I 73 f.; SJKS 42, S. 324 und 327; SJKS 43, S. 297; Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen (im folgenden: SJFS), hrsg. vom Sächsischen Statistischen Landesamt, 44. Jahrgang (1918/1920), S. 421; SJFS 45, S. 401. Eingerechnet sind jeweils nur die tätigen Gesellschaften.

Für die etablierten Aktiengesellschaften läßt sich derweil konstatieren, daß sie mehrheitlich von der Kriegswirtschaft profitierten: Die Summe des dividendenberechtigten Aktienkapitals wuchs leicht an, ebenso wie der Kreis der Gesellschaften, die Dividenden ausschütteten: 1913/14 waren es 369, 1917/18 dagegen 410. Gleichzeitig verbesserten sich die Geschäftsergebnisse: 1913/14 arbeiteten 418 Aktiengesellschaften mit Reingewinn und 56 mit Verlust, 1917/18 449 bzw. 35. In den Geschäftsjahren 1916/17 und 1917/18 erhielten die Anleger zudem Ausschüttungen, die selbst die höchsten Vorkriegsdividenden übertrafen.³⁴

Zwar bedarf es einer hier nicht zu leistenden ausführlichen Untersuchung, um eindeutig die Ursachen dafür zu ermitteln, daß die sächsischen Aktiengesellschaften im Verlauf ihrer Unternehmenstätigkeit geringere Kapitalerhöhungen vornahmen als die AGs im übrigen Kaiserreich, obwohl sie fast gleich hohe Gründungseinlagen aufwiesen. Jedoch dürften die Ursachen weniger im Mangel an Kreditgebern zu suchen sein, als vielmehr in einem insgesamt geringeren laufenden Kreditbedarf.³⁵ So merkt etwa Erich Benndorf an, daß in der auf hochwertige Fertigwarenproduktion ausgerichteten, von kleinen und mittleren Betrieben getragenen Industrie Sachsens menschliche Arbeit häufig nicht durch (kapitalintensive) Maschinenleistung ersetzt werden konnte.³⁶ In diesem Kontext ist auch ein bilanztechnisches Element zu berücksichtigen, das zu einer gewissen Verzerrung ‚zugunsten‘ kapitalintensiver Industriezweige beitrug: Während sich die Anschaffung von Maschinen unter der Rubrik ‚Anlagevermögen‘ als Aktivposten in der Bilanz niederschlug, fand sich der Aufwand für Personal lediglich indirekt in der Schmälerung des Gewinns auf der Passivseite der Bilanz wieder.³⁷

Beachtet werden sollte allerdings, daß deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen bestanden.³⁸ Während 1909 in der Textilindustrie sächsische Aktiengesellschaften über ein durchschnittliches Nominalkapital von 1,5 Millionen Mark verfügten, lag der Vergleichswert für das Deutsche Reich mit 1,8 Millionen

³⁴ Werte ermittelt aus SJKS 42, S. 325; SJKS 43, S. 296; SJFS 44, S. 420; SJFS 46, S. 450. Gezählt werden hier nur reine Erwerbsgesellschaften. Die Angaben beziehen sich auf das Ergebnis nach Ausscheiden der Gewinn- bzw. Verlustvorträge des Vorjahres. Zu den Gründen, welche die Ermittlung der realen Gewinne verhindern, vgl. KOCKA, *Klassengesellschaft im Krieg* (wie Anm. 29), S. 25.

³⁵ Gegen einen nennenswerten Kapitalmangel vor dem Krieg sprechen auch die Einschätzungsergebnisse zur Ergänzungssteuer. Sie weisen für den Zeitraum 1904–1913 einen stetigen Anstieg des Anlage- und Betriebskapitals von rund 2,1 auf fast 2,9 Milliarden Mark und des *sonstigen Kapitalvermögens* von etwa 6,2 auf mehr als 8 Milliarden Mark aus; vgl. dazu SJKS 33 (1905), S. 102 f.; SJKS 42 (1914/15), S. 224.

³⁶ Vgl. BENNDORF, *Weltwirtschaftliche Beziehungen* (wie Anm. 31), S. 76.

³⁷ Zum Hintergrund vgl. GUSTAV FRENZ/EMIL GOBBERS, *Erfolgreiche Betriebswirtschaft. Betriebsführer und Gefolgschaft im Arbeitsprozeß*, Berlin 1934, S. 142 f.; ergänzend ADOLF GERHARD COENENBERG, *Jahresabschluss und Jahresabschlussanalyse. Betriebswirtschaftliche, handels- und steuerrechtliche Grundlagen* (mi-Studienbibliothek Betriebswirtschaft, Bd. 2), Landsberg 141993, S. 49–54, 245 f.

³⁸ 1912 waren von 486 AGs 86 im Handel, 81 in der Textilindustrie, 76 im Maschinenbau und 62 auf dem Nahrungs- und Genußmittelsektor tätig; vgl. dazu ZSSLA 59/1 (1913), S. 186.

Mark nur unwesentlich höher. In den Wachstumsindustrien Maschinenbau und Chemie dagegen betrug das Verhältnis jeweils 1,5 Millionen Mark zu 3 Millionen Mark, in der Metallverarbeitung 1,2 zu 1,6 und auf dem Sektor Bergbau/Hüttenwesen 2,9 zu 5,2.³⁹ Wenngleich analoge Angaben für die Zeit des Ersten Weltkriegs fehlen, läßt sich vermuten, daß Sachsen 1914 hinsichtlich der Kapitalausstattung in den modernen, kriegsrelevanten Branchen⁴⁰ von einer schlechteren Ausgangsposition startete als Preußen, dessen Kapitalgesellschaften in diesen Industriezweigen besonders zahlreich vertreten waren.

III. Der primäre Sektor

Landwirtschaft:

Unter den Einzelstaaten des Deutschen Reichs war Sachsen derjenige, der – sieht man von den Hansestädten ab – über den geringsten Anteil landwirtschaftlicher Bevölkerung verfügte, zugleich aber, in Relation zu den ähnlich stark bevölkerten und industrialisierten Regionen, seine für land- bzw. forstwirtschaftliche Zwecke geeigneten Flächen am extensivsten nutzte.⁴¹ Die Größenstruktur wurde von mittelständischen Betrieben (5 bis 20 Hektar) bestimmt. 1907 verfügten 72,6 % der Landwirtschaftsbetriebe über bis zu 5 Hektar Fläche (Reichsdurchschnitt: 76,4 %), aber 21,5 % über 5 bis 20 Hektar (18,6 %), 5,5 % über 20 bis 100 Hektar (4,5 %) und 0,4 % (0,4 %) über mehr als 100 Hektar.⁴² Deutlicher noch zeigt sich der Mittelstandscharakter an der Verteilung der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzfläche auf die Betriebsgrößengruppen. Bei der Gruppe der Mittelbauern lag Sachsen merklich über dem, bei den großbäuerlichen Betrieben (20 bis 100 Hektar) nahe am preußischen Wert und am Reichsdurchschnitt, bei den Großbetrieben hingegen spürbar darunter (Tabelle 2).⁴³

	bis 5 ha	5 bis 20 ha	20 bis 100 ha	über 100 ha
Sachsen	14,2 %	41,5 %	30,5 %	13,8 %
Preußen	12,9 %	27,7 %	31,3 %	28,1 %
Deutsches Reich	15,8 %	32,7 %	29,3 %	22,2 %

Tabelle 2: Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf die Betriebsgrößengruppen (1907)⁴⁴

³⁹ Vgl. BENNDORF, Weltwirtschaftliche Beziehungen (wie Anm. 31), S. 81.

⁴⁰ Hütten- und Montanwesen, Chemie, Maschinenbau, Metallindustrie.

⁴¹ 1900 wurden 94 %, 1913 91 % der Fläche kultiviert; vgl. dazu SJKS 42, S. 6; BENNDORF, Weltwirtschaftliche Beziehungen (wie Anm. 31), S. 10.

⁴² Vgl. SJKS 42, S. 122, Tab. 10; FRIEDRICH-WILHELM HENNING, Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Bd. 2: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert, Paderborn 1996, S. 942.

⁴³ Württemberg und Baden dagegen, vom Flächeninhalt her jeweils in etwa mit Sachsen vergleichbar, wiesen, obwohl stärker agrarisch ausgerichtet, eine ungünstigere Struktur mit einem weitaus höheren Anteil an Kleinbetrieben auf; vgl. dazu HENTSCHEL, Erwerbs- und Einkommensverhältnisse (wie Anm. 15), S. 36.

⁴⁴ Nach SJDR 36, S. 45; ergänzend muß angemerkt werden, daß innerhalb Sachsens einige deutliche regionale Unterschiede bestanden, auf die hier nicht eingegangen werden

Die hohe Konstanz der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe zwischen 1910 und 1918⁴⁵ unterstützt die Annahme, daß die sächsische Landwirtschaft im Unterschied zur Mehrheit des gewerblichen Mittelstands bei Kriegsausbruch schon ‚gesundgeschrumpft‘ war und deshalb unter kriegswirtschaftlichen Bedingungen besser bestehen konnte.⁴⁶ Verglichen mit anderen Gebieten des Deutschen Reichs (insbesondere Württemberg und Baden) war sie darüber hinaus stärker mechanisiert und rationalisiert.⁴⁷ Im Krieg wirkte sich die hohe Mechanisierung indes ambivalent aus: Einerseits entlastete sie die Volkswirtschaft, indem sie zahlreiche nicht oder wenig ausgebildete Arbeitskräfte einsparte. Andererseits waren zum Betrieb, zur Wartung und Instandsetzung der Maschinen qualifizierte Kräfte, Betriebsstoffe und Ersatzteile nötig, deren Bereitstellung unter den Bedingungen der Kriegsmangelwirtschaft oft nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich war.

Trotz einer im Ganzen also recht produktiven⁴⁸ Landwirtschaft konnte der Bedarf der sächsischen Bevölkerung an agrarischen Erzeugnissen nicht aus der Region gedeckt werden.⁴⁹ 1913 mußten etwa 13 % der Kartoffeln und ungefähr ein Drittel des Getreides hinzugekauft werden, letzteres vornehmlich aus Preußen.⁵⁰ Drei Jahre später, kurz vor der Hungerkrise des ‚Kohlrübenwinters‘ 1916/17, war Sachsen in bezug auf das wichtigste Grundnahrungsmittel (Kartoffel) unter den großen Bundesstaaten derjenige mit dem niedrigsten Selbstversorgeranteil und einer Versorgungsberechtigtenzahl (3 610 206), die selbst die des erheblich einwohnerstärkeren Königreichs Bayern (3 529 823) und der ähnlich großen und ebenfalls stark industrialisierten preußischen Provinz Westfalen (3 110 411) übertraf.⁵¹

kann (vgl. HENNING, Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte [wie Anm. 42], S. 944; ZEISE/RÜDIGER, Bundesstaat [wie Anm. 15], S. 386); auch ist auf das Vorhandensein einer überdurchschnittlich hohen Zahl landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbetriebe hinzuweisen, die vielen gewerblich Berufstätigen als sekundäre Einkommensquelle dienten: 1895 waren fast 57 %, 1907 sogar knapp 59 % der Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe hauptberuflich nicht in der Landwirtschaft tätig; vgl. dazu SJKS 42, S. 122, Tab. 10; ferner HENTSCHEL, Erwerbs- und Einkommensverhältnisse (wie Anm. 15), S. 35.

⁴⁵ 1905 bestehen 179 303 *landwirtschaftliche Betriebe im Sinne der Unfallversicherungsgesetze*, 1910: 175 259, 1911: 170 476, 1912: 169 867, 1913: 175 860, 1914: 171 900, 1915: 171 300, 1916: 171 300, 1917: 175 130 und 1918: 179 780. Die Differenzen zwischen 1910 und 1913 beruhen zum größten Teil auf geänderten Erhebungs- und Veranlagungsrichtlinien; vgl. dazu SJKS 36, S. 108; SJKS 42, S. 123, 125; SJFS 44, S. 152; SJFS 45, S. 162.

⁴⁶ Vgl. HENTSCHEL, Erwerbs- und Einkommensverhältnisse (wie Anm. 15), S. 36 und 44.

⁴⁷ Vgl. BENNDORF, Weltwirtschaftliche Beziehungen (wie Anm. 31), S. 16; HENTSCHEL, Erwerbs- und Einkommensverhältnisse (wie Anm. 15), S. 44 ff.

⁴⁸ Zwischen 1904 und 1914 lag Sachsen bezüglich des Hektarertrags bei Weizen, Roggen, Sommergerste und Hafer deutlich über dem Durchschnitt im Reich und in Preußen, während es bei der Kartoffelerzeugung zwar weniger produktiv war als Preußen, aber knapp über dem Mittelwert für das Reich blieb; vgl. dazu SJDR 36, S. 52.

⁴⁹ Vgl. BENNDORF, Weltwirtschaftliche Beziehungen (wie Anm. 31), S. 18–23.

⁵⁰ Vgl. HENNING, Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte (wie Anm. 42), S. 921; Werte ermittelt nach SJKS 42, S. 140 f., 153 und SJFS 44, S. 172 f.

⁵¹ Vgl. SächsHStA Dresden, KA(P) 14966, o. S.

Im Kriegsverlauf verminderten sich die Anbaufläche und die Produktivität der sächsischen Landwirtschaft beträchtlich.⁵² Während der Umfang der bewirtschafteten Flächen für Weizen und Roggen nur geringfügig schwankte, nahm der für Kartoffeln von 126 762 ha (1915) auf 92 742 ha (1917), für Hafer von 206 944 ha auf 163 215 ha ab.⁵³ Der Hektarertrag für Kartoffeln sank 1916 auf nahezu 52 % des mittleren Wertes der Jahre 1905 bis 1914,⁵⁴ 1917 lag er bei 87 %, 1918 bei knapp über 71 %.⁵⁵ Die Ergiebigkeit der Anbauflächen für Getreide blieb in der ersten Kriegshälfte weitgehend konstant, der Ertrag der Ernten hingegen fiel etwas niedriger aus als 1913. Von 1916 an verschlechterten sich die Ergebnisse dann ganz erheblich – zum Teil auf weniger als die Hälfte der Vorkriegswerte. Fielen die Getreideernten besser aus als im Reichsdurchschnitt – Sachsen/Deutsches Reich (1918 in % von 1914): Weizen 76,7/61,8, Roggen 84,2/76,8 –, so schnitt Sachsen bei der Kartoffelernte merklich schlechter ab: 1916 wurden hier nur rund 44 % der Menge von 1914 erreicht, im Reichsdurchschnitt dagegen über 55 % (Tabelle 3).⁵⁶

	Kartoffeln		Weizen		Roggen	
	Sachsen	Reich	Sachsen	Reich	Sachsen	Reich
1914	1.704.301	45.569.559	180.877	3.971.995	444.510	10.426.718
1916	752.303	25.074.388	183.788	3.086.091	426.951	8.936.880
1918	1.012.412	29.469.718	138.813	2.458.418	374.236	8.009.090

Tabelle 3: Ernteertrag der wichtigsten Feldfrüchte (in Tonnen)⁵⁷

Ähnlich ungünstig gestaltete sich die Entwicklung der Viehhaltung. Der im Vorkriegsjahrzehnt zu beobachtende Trend zum Anstieg der Zahl der Schlachtungen, der mit einem gesteigerten (Schweine-)Fleischkonsum korrespondierte,

⁵² Die amtliche Statistik für die Jahre 1916 und 1917 wurde freilich vom sächsischen Landeskulturrat angezweifelt, der im März 1918 behauptete, in jenen beiden Jahren wäre weder die Gesamterntefläche infolge des Krieges erheblich zurückgegangen, noch hat auch das unbestellte Ackerland eine so starke Zunahme erfahren, wie es nach den Zahlen der Statistik zu sein scheint; SächsHStA Dresden, MdI 15514/1, BL. 125, S. 115.

⁵³ Vgl. SJFS 44, S. 153.

⁵⁴ Vgl. SJDR 38 (1917), S. 18; SJDR 39 (1918), S. 16. Die sächsische Landwirtschaft lag bei den Ernteschätzungen des Kriegsernährungsamtes von 1916 hinsichtlich des durchschnittlichen Kartoffelertrags mit 7,4 Tonnen pro Hektar zwischen dem für Preußen ermittelten Wert von 9,4 Tonnen und denen der Königreiche Bayern (6,1 Tonnen) und Württemberg (6,2 Tonnen); vgl. dazu SächsHStA Dresden, KA(P) 14966, o. S.

⁵⁵ Vgl. SJDR 40 (1919), S. 69 f.

⁵⁶ Selbst die als Kartoffelersatz vorgesehenen Zuckerrüben wurden in Sachsen nur in unzureichender Menge angebaut, so daß im Winter 1916/17 auch diese importiert werden mußten; vgl. dazu SächsHStA Dresden, KA(P) 14966, o. S.

⁵⁷ Vgl. StJDR 36 (1915), S. 51; StJDR 39 (1918), S. 15; StJDR 40 (1919), S. 68. – Die auf anderer Datengrundlage zusammengestellten Statistischen Jahrbücher für Sachsen weisen zwar für die einzelnen Jahre stets niedrigere Ernteergebnisse aus als die Statistik des Deutschen Reichs, zeigen aber ähnliche Tendenzen auf; vgl. dazu und zur Entwicklung vor 1914 SJKS 40, S. 109; SJFS 44, S. 172 f.

kehrte sich nach 1914 um. Die Abnahme wurde maßgeblich durch drei Faktoren bestimmt: Zum einen durch den reichsweiten ‚Schweinemord‘ im Frühjahr 1915,⁵⁸ der die sächsischen Bestände radikal reduzierte und eine kurzfristige Regeneration verhinderte. Als Konsequenz des verringerten Angebots an Schweinefleisch wurden nun andere Fleischsorten stärker nachgefragt, so daß sich seit 1916 auch die bis dahin verglichen mit dem Vorkriegsstand praktisch unverändert gebliebene Zahl der Rinder und Kälber verringerte.⁵⁹ Zum anderen konnten sich die Viehbestände weder quantitativ noch qualitativ⁶⁰ ausreichend erholen, da es an Rauhfutter mangelte und darüber hinaus *immer wieder von den Viehhandelsverbänden noch milchende und trüchtige Kühe angeschnitten werden mußten*⁶¹. Außerdem wurde weniger Schlachtvieh eingeführt. Gegenüber 1914 betrug 1918 der Import bei Schweinen nur noch 3,3 %, bei Rindern 48,2 % und bei Geflügel 26,1 %.⁶² Die Kriegszeit wirkte so einschneidend, daß sich der Viehbestand erst nach 1922 wieder adäquat regenerierte.

Als Folge der gravierenden Versorgungsengpässe stellten sich seit dem Herbst 1915 zunehmend Hungerproteste und Lebensmittelkrawalle ein, die den Burgfrieden und die öffentliche Sicherheit gefährdeten. Bis zur Novemberrevolution konnten die für die Wahrung von Ruhe und Ordnung verantwortlichen militärischen und zivilen Instanzen durch geschicktes Agieren jedoch weitgehend verhindern, daß die radikale Linke die ökonomisch motivierten Proteste für politische Forderungen instrumentalisierte.⁶³

Unterdessen vermochte es die sächsische Landwirtschaft wohl mehrheitlich, als Selbstversorger verhältnismäßig frei von Nahrungssorgen zu bleiben. Darüber hinaus wuchsen die Spareinlagen der Landwirte bei ihren Kreditgenossenschaften erheblich stärker als die Guthaben der Arbeiter und kleinen Angestellten bei den Sparkassen. Während diese von 1913 bis 1918 um etwas mehr als 37 % zulegten, stiegen jene um rund 200 % und hielten folglich Schritt mit der Verdreifachung des Lebenshaltungsindex in Deutschland. Zwar kam es bei den landwirtschaftlichen

⁵⁸ Zu den Gründen und Folgen der Massenschlachtungen vgl. AUGUST SKALWEIT, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft (Veröffentlichungen der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkriegs. Deutsche Serie), Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927, S. 92–98.

⁵⁹ Zur Entwicklung des Bestands vgl. die Aufstellungen über das im Rahmen der Schlachtvieh- und Fleischschau als tauglich und bedingt tauglich eingestufte Vieh in SJKS 36, S. 113; SJKS 40, S. 117; SJKS 42, S. 129; SJFS 44, S. 196; SJKS 46, S. 157.

⁶⁰ Einem Bericht des für die öffentliche Sicherheit in Westsachsen zuständigen stellvertretenden Generalkommandos XIX von 1918 zufolge *verschlechtern sich der Stand und die Zukunftsaussichten der Viehhaltung zusehends. Das Vieh sei zum Erbarmen dürr und gebe keine Milch*; vgl. dazu SächsHStA Dresden, MdI 6976, Bl. 345v.

⁶¹ SächsHStA Dresden, MdI 6976, Bl. 207r.

⁶² Berechnet nach SJKS 43, S. 124; SJFS 44, S. 204 f.; SJFS 45, S. 196 f.

⁶³ Zum Stimmungsverfall wegen der Verschlechterung der Lebensmittelversorgung vgl. MERTENS, Zivil-militärische Zusammenarbeit (wie Anm. 12), Kap. 5.1.1. und 5.1.2, zu den Gegenmaßnahmen ausführlich ebd., Kap. 5.2.

Kredit-, Bezugs- und Absatzgenossenschaften zu einem relativ zur Vorkriegsentwicklung nur unwesentlich erhöhten Mitgliederwachstum. Doch stiegen – trotz stetiger Abnahme der Ausbringungsmenge der sächsischen Landwirtschaft – bei gleichzeitiger Verdoppelung der Vermögen die Umsätze der Bezugs- und Absatzgenossenschaften nach leichtem Rückgang im ersten Kriegsjahr und mit Ausnahme des Krisenjahrs 1917 bis zum Kriegsende erheblich an.⁶⁴

Ähnliche Beobachtungen waren es vermutlich, die kurz nach Kriegsende Dr. Külz, den Zittauer Oberbürgermeister, folgern ließen, Sachsens Landwirtschaft hätte *einen glatten Absatz ihrer stark begehrten Erzeugnisse zu guten Preisen* gehabt und *die landwirtschaftliche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit ihre wirtschaftliche Lage im Kriege zweifellos verbessert und nicht verschlechtert*.⁶⁵ Külz gewichtete bei seinem Urteil aber zu wenig, daß die Aufrechterhaltung eines landwirtschaftlichen Betriebs wegen des kriegsbedingten Mangels an Ersatzteilen, Düngemitteln, Saatgut, Futter und landwirtschaftlichen Arbeitskräften nur mit einem stark erhöhten Aufwand möglich war, und eine große Zahl gerade der kleineren Betriebe nur überleben konnte, weil an die Stelle der einberufenen männlichen Betriebsinhaber ihre Frauen oder Töchter traten.⁶⁶ Noch nicht erkennen konnte Külz beim Abfassen seines Beitrags außerdem, daß die ‚Kriegsgewinne‘ der sächsischen Landwirte letztlich durch einen erheblichen Verzehr an Betriebs-substanz erkaufte wurden. Dieser machte sich erst nach dem Krieg bemerkbar, als sich die Ersparnisse im Zuge der Inflation rasch entwerteten und oft nicht mehr genug Finanzmittel verfügbar waren, um die zwischen 1914 und 1918 unterlassenen (Erhaltungs-)Investitionen nachzuholen.⁶⁷

Bergbau:

Bei Kriegsausbruch verfügte das Königreich Sachsen nur über wenige Rohstofflagerstätten. Im letzten Friedensjahr konnte zwar die Steinkohlenachfrage noch größtenteils aus der Region gedeckt werden, doch blieben die Braunkohleförderung und -veredlung weit hinter dem Bedarf zurück.⁶⁸ An den Zahlen des Bergbaus werden deshalb besonders gut die Anstrengungen erkennbar, welche die sächsische Regierung und Industrie während des Kriegs unternahm, um der Rohstoffknappheit zu begegnen. Im Steinkohlenbergbau erreichte die Produktivität

⁶⁴ Sämtliche Werte ermittelt und berechnet nach SJFS 44, S. 416; SJFS 46, S. 332, 447. Zum Lebenshaltungsindex vgl. KOCKA, *Klassengesellschaft im Krieg* (wie Anm. 29), S. 17.

⁶⁵ KÜLZ, *Volkswirtschaft Sachsens* (wie Anm. 27), S. 204.

⁶⁶ Zur Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Deutschland während des Ersten Weltkriegs vgl. auch KOCKA, *Klassengesellschaft im Krieg* (wie Anm. 29), S. 97–103.

⁶⁷ Exemplarische Hinweise auf den erhöhten Verschleiß landwirtschaftlicher Maschinen infolge unzureichender Wartung und unsachgemäßer Handhabung finden sich in Sächs HStA Dresden, KA(P) 13140, S. 195 f.; zu analogen Problemen in Württemberg vgl. MAI, *Kriegswirtschaft* (wie Anm. 10), S. 50.

⁶⁸ Vgl. BENNDORF, *Weltwirtschaftliche Beziehungen* (wie Anm. 31), S. 39 f.; ZEISE/RÜDIGER, *Bundesstaat* (wie Anm. 15), S. 383 und 404.

1916 ihr Maximum, obwohl zwischen 1913 und 1916 bei konstanter Anzahl der Bergwerke die Zahl der Arbeiter und die absoluten Fördermengen zurückgingen (Tabelle 4).

	Steinkohle			Braunkohle		
	Anzahl der Werke	Anzahl der Arbeiter	Ausbringung in 1.000 t / in t pro Arbeiter	Anzahl der Werke	Anzahl der Arbeiter	Ausbringung in 1.000 t / in t pro Arbeiter
1910	23	26.667	4.999 / 187	87	5.374	3.624 / 674
1913	22	26.007	5.445 / 209	77	6.768	6.310 / 932
1914	21	24.648	4.742 / 192	71	5.962	6.262 / 1.050
1915	21	19.753	4.206 / 213	68	4.954	6.658 / 1.344
1916	21	18.976	4.187 / 221	67	4.672	6.534 / 1.399
1917	21	24.358	4.793 / 197	65	5.119	6.330 / 1.237
1918	20	26.718	4.625 / 173	62	5.430	6.741 / 1.241
1919	20	30.932	3.932 / 127	61	11.695	6.712 / 574

Tabelle 4: Bergwerksbetriebe in Sachsen⁶⁹

Mit der Einführung des Hilfsdienstgesetzes im Dezember 1916 stiegen dann Arbeiterzahl und Ausbringung, doch blieben dessen ungeachtet auch in den folgenden Jahren die Leistungen hinter denen von 1913 zurück. Denn nun verringerte sich die Effektivität je eingesetzter Arbeitskraft.⁷⁰ Die Ursachen hierfür dürften in erster Linie im wachsenden Anteil ungelernter Arbeiter und Arbeiterinnen und in verlängerten Ausfallzeiten der schlecht gewarteten Maschinen zu suchen sein.

Selbst im vergleichsweise bedeutungslosen und unrentablen Erzbergbau war eine ähnliche Entwicklung erkennbar: Vor dem Krieg erfolgte zwar eine Vermehrung der Gruben von 136 (1908) auf 156 (1913), doch ging die Zahl der Arbeiter im gleichen Zeitraum von 2 191 auf 1 202 zurück. Nach einem Tief im Jahr 1915 mit 153 Gruben und 739 Arbeitern wurde bis 1918 die Anzahl der Gruben auf 195, die der Arbeiter auf 1 622 erhöht, wobei sich die Produktivität pro Arbeiter von je neun bis zehn Tonnen in den Jahren 1908 bis 1916 im letzten Kriegsjahr auf vier Tonnen reduzierte. Das deutet darauf hin, daß seit dem Beginn des Hindenburgprogramms auch die weniger ergiebigen Erzvorkommen ausgebeutet wurden, die bei einem Funktionieren der Mechanismen des freien Markts brachgelegen hätten oder gar nicht erst erschlossen worden wären.⁷¹

Wenngleich im Braunkohlenbergbau ebenfalls keine außerordentlichen Steigerungen möglich waren, gestaltete sich die Entwicklung hier etwas besser. Denn den sächsischen Werken gelang es, die jährliche Ausbringungsmenge insgesamt

⁶⁹ Ermittelt und berechnet nach SJKS 36, S. 64; SJKS 42, S. 82; SJFS 44, S. 114; SJFS 46, S. 165.

⁷⁰ Die Entwicklung in Sachsen korrespondierte mit der auf der Reichsebene, wo die Steinkohlenförderung 1918 ebenfalls nur knapp 85 % des Wertes von 1913 betrug; vgl. dazu MAI, Kriegswirtschaft (wie Anm. 10), S. 58.

⁷¹ Sogar die vor 1914 stark zurückgeschraubte Gewinnung von Wolframerz wurde intensiviert; vgl. KÖTZSCHKE/KRETZSCHMAR, Sächsische Geschichte (wie Anm. 5), S. 237.

leicht über den Vorkriegsstand anzuheben. Die Zuwächse waren jedoch geringer als im Reichsdurchschnitt,⁷² und alles in allem änderte die verbesserte Förderleistung nichts daran, daß Sachsen im Krieg *ein ausgesprochenes Kohlenzuschußland*⁷³ blieb.

IV. Der sekundäre Sektor⁷⁴

Branchenstruktur:

An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert prägten vor allem die traditionellen Gewerbezweige das Bild der sächsischen Industrie: Gemäß den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung von 1907 waren 38,8 % – im Reichsdurchschnitt dagegen 24,4 % – der im Gewerbe Beschäftigten in der Textil- und der Bekleidungsindustrie tätig, aber lediglich 44,6 % (Reich: 58,8 %) in den Wachstumsbranchen Maschinenbau, Chemie, Bergbau und Eisenerzeugung.⁷⁵ Verglichen mit der allgemeinen Tendenz im Kaiserreich modernisierte sich in Sachsen, das in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu den führenden Industrieregionen Deutschlands gezählt hatte, der sekundäre Wirtschaftssektor zunächst also offenbar langsamer.

Innerhalb weniger Jahre kam es dann zu einer bemerkenswerten Expansion der Industrie: Die Zahl der ‚Fabriken und der diesen gleichgestellten Anlagen‘ erhöhte sich zwischen 1905 und 1913 um 60 %, die der Arbeiter um 34 %.⁷⁶ Damit übertraf die Vermehrung der industriellen Arbeitsplätze den mittleren Bevölkerungsanstieg von 10 % merklich. Parallel dazu deutet die überproportionale Zunahme der Beschäftigtenzahl im Bereich der chemischen Fabrikation (63 %), der Metallverarbeitung (62 %) und des Maschinenbaus (59 %) darauf hin, daß der Strukturwandel jetzt auch in Sachsen an Fahrt gewann.⁷⁷ Aber schon Ende 1913 erhielt das industrielle Wachstum durch eine nun beginnende reichsweite Rezession wieder einen Dämpfer: Zwar stieg die Zahl der Fabriken leicht von 35 166 auf 35 698, doch waren dort im Mai 1914 nur noch 816 859 Arbeiter (1913: 824 161) beschäftigt.

⁷² Zuwachsrates zwischen 1913 und 1918: Sachsen: 7 %; Deutsches Reich: 16 %; vgl. MAI, Kriegswirtschaft (wie Anm. 10), S. 58.

⁷³ SächsHStA Dresden, KA(P) 13140, S. 156.

⁷⁴ Die Unterscheidung zwischen Industrie und Handwerk ist schwierig und umstritten. Als Abgrenzungskriterium läßt sich aber die Betriebsgröße heranziehen. Danach können Betriebe mit unter zehn Mitarbeitern als Handwerksbetriebe und alle größeren als Industriebetriebe verstanden werden; vgl. dazu auch KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg (wie Anm. 29), S. 7 und 68.

⁷⁵ Vgl. HENTSCHEL, Erwerbs- und Einkommensverhältnisse (wie Anm. 15), S. 37 ff.; 1907 arbeiteten im Königreich Sachsen fast 29 % aller in der deutschen Textilindustrie und über 13 % aller im deutschen Maschinenbau Erwerbstätigen. Damit rangierte das Land in beiden Berufsgruppen hinsichtlich der Erwerbstätigenzahl unmittelbar hinter Preußen. Vgl. dazu StDR 211, S. 108*-111*.

⁷⁶ Vgl. SJKS 34, S. 64 f.; SJKS 42, S. 92 f.

⁷⁷ Die Textilindustrie wuchs im gleichen Zeitraum um unterdurchschnittliche 20 %, die Bekleidungsindustrie um knapp 37 %.

Der Erste Weltkrieg beschleunigte diese Abwärtsentwicklung dramatisch. Wohl folgte auf die hektische Anfangsphase mit der *kopfloren Schließung*⁷⁸ zahlreicher Betriebe und einer ungekannt hohen Arbeitslosigkeit ab dem November 1914 eine relative Normalisierung des Geschäftsgebarens. Ebenso war ab dem Herbst wieder eine angeregte zivile (und militärische) Nachfrage zu konstatieren, die nun mit einem zunehmenden Mangel an Arbeitskräften korrelierte. Jedoch sank bis 1918 die Zahl der aktiven Fabriken auf zwei Drittel des Ausgangswertes von 1914. Die Beschäftigtenzahl erreichte mit rund 563 000 bereits 1916 ihren Tiefpunkt, um danach wieder leicht zu wachsen. Doch gelangte sie im Jahr 1918 lediglich auf einen Stand, der ungefähr dem von 1905 entsprach. Insgesamt lag der Beschäftigungsrückgang in der sächsischen Industrie um 23 % weit über dem deutschen Mittelwert von 8 % (Tabelle 5).

Gewerbegruppe		1913	1914	1918	Differenz 1913 / 1918	Differenz 1914 / 1918
„Kriegsindustrien“						
Anteil an der sächsischen Industrie		27,9 %	27,3 %	45,8 %		
III. (Hüttenwesen)	Betriebe	17	17	35	+ 106 %	+ 106 %
	Arbeiter	7.838	7.419	11.817	+ 51 %	+ 59 %
V. (Metallverarbeitung)	Betriebe	2.419	2.646	2.162	- 11 %	- 18 %
	Arbeiter	68.167	68.662	73.031	+ 7 %	+ 6 %
VI. (Maschinenbau)	Betriebe	2.849	2.997	2.613	- 8 %	- 13 %
	Arbeiter	144.368	136.672	178.773	+ 24 %	+ 31 %
VII. (Chemie)	Betriebe	276	291	265	- 4 %	- 9 %
	Arbeiter	9.528	10.096	27.521	+ 189 %	+ 173 %
Kriegsindustrien gesamt	Betriebe	5.561	5.951	5.075	- 9 %	- 15 %
	Arbeiter	229.901	222.849	291.142	+ 27 %	+ 31 %
„Gemischte Industrien“						
Anteil an der sächsischen Industrie		46,7 %	47,1 %	31,7 %		
IX. (Textil)	Betriebe	7.548	6.724	2.074	- 73 %	- 69 %
	Arbeiter	257.379	253.995	111.914	- 57 %	- 56 %
XI. (Leder- und Gummi)	Betriebe	277	277	263	- 5 %	- 10 %
	Arbeiter	8.689	7.894	7.915	- 9 %	0 %
XIII. (Nahrungs- und Genußmittel)	Betriebe	7.895	8.608	7.132	- 10 %	- 17 %
	Arbeiter	54.250	55.795	47.548	- 12 %	- 15 %
XIV. (Bekleidung)	Betriebe	4.602	4.598	2.956	- 36 %	- 36 %
	Arbeiter	64.308	67.236	34.413	- 46 %	- 49 %
„Gemischte Industrien“ insgesamt	Betriebe	20.322	20.207	12.425	- 39 %	- 39 %
	Arbeiter	384.626	384.920	201.790	- 48 %	- 48 %

⁷⁸ MÄRZ, Sächsische Industrie (wie Anm. 1), S. 213; nützliche Phaseneinteilungen der kriegswirtschaftlichen Entwicklung finden sich ebd., S. 212, und in den Jahresberichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten und Bergbehörden für die Jahre 1914–1918, Bd. II (Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden), Berlin 1919, S. 3.8 f.

Gewerbegruppe		1913	1914	1918	Differenz 1913 / 1918	Differenz 1914 / 1918
„Friedensindustrien“						
Anteil an der sächsischen Industrie		25,3 %	25,4 %	22,4 %		
IV. (Steine und Erden)	Betriebe	1.706	1.681	817	- 52 %	- 51 %
	Arbeiter	58.915	55.075	22.972	- 61 %	- 58 %
VIII. (Forstwirt. Nebenprodukte usw.)	Betriebe	345	337	292	- 15 %	- 13 %
	Arbeiter	6.047	5.973	6.195	+ 2 %	+ 4 %
X. (Papier)	Betriebe	1.038	1.019	923	- 11 %	- 9 %
	Arbeiter	42.602	42.927	41.594	- 2 %	- 3 %
XII. (Holz-, Schnitzstoffe)	Betriebe	3.452	3.581	2.536	- 27 %	- 29 %
	Arbeiter	51.013	51.370	40.795	- 20 %	- 21 %
XV. (Reinigung)	Betriebe	294	339	253	- 14 %	- 25 %
	Arbeiter	3.990	4.229	3.656	- 8 %	- 14 %
XVI. (Bau)	Betriebe	1.326	1.415	616	- 54 %	- 56 %
	Arbeiter	11.418	12.857	4.603	- 60 %	- 64 %
XVII. (Polygraphie)	Betriebe	1.028	1.044	869	- 15 %	- 17 %
	Arbeiter	34.320	35.204	22.450	- 35 %	- 36 %
„Friedensindustrien“ insgesamt	Betriebe	9.189	9.416	6.306	- 31 %	- 33 %
	Arbeiter	208.305	207.635	142.265	- 32 %	- 31 %
Sonstige Gewerbe	Betriebe	94	108	53	- 44 %	- 51 %
	Arbeiter	1.329	1.455	519	- 61 %	- 64 %
Sächsische Industrie insgesamt						
	Fabriken	35.166	35.698	23.859	- 32 %	- 33 %
	Arbeiter	824.161	816.859	635.716	- 23 %	- 22 %

Tabelle 5: Fabriken und diesen gleichgestellte Anlagen in Sachsen 1913, 1914 und 1918⁷⁹

⁷⁹ Ermittelt und berechnet nach SJKS 42, S. 92 f.; SJKS 43, S. 80 f.; SJFS 44, S. 122 f. Stand: jeweils Mai. In den Arbeitskräftezahlen für 1918 sind 10 802 Kriegs-, Zivil- und Strafgefangene sowie Soldaten und Internierte enthalten. Die Angaben umfassen die sächsischen Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern und die diesen gewerberechtlich gleichgestellten Betriebe der Gewerbegruppen III bis XVII der Reichsgewerbestatistik mit Ausnahme der Betriebe, die der Bergaufsicht unterstanden. Gemäß der §§ 139b und 154 der Reichsgewerbeordnung schlossen die von der Gewerbeaufsicht ermittelten Zahlen auch eine Reihe von Betrieben ein, die zwar weniger als zehn Arbeiter hatten – und daher als Handwerksbetriebe eingestuft werden können –, die aber dauernd mit Hilfe von Motorkraft arbeiteten. Zu den Kriterien vgl. Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten (wie Anm. 78), S. 2.295. – Zur hier gewählten Gliederung in gemischte, Friedens- und Kriegsindustrien vgl. MAI, Kriegswirtschaft (wie Anm. 10), S. 63; ferner zu einer abweichenden Einteilung KOCCA, Klassengesellschaft im Krieg (wie Anm. 29), S. 13.

Besonders ungünstig gestaltete sich in Sachsen die Situation der ‚gemischten Industrien‘, die teils für den militärischen, teils für den zivilen Bedarf produzierten. Sie verloren zwischen Mai 1914 und Mai 1918 zusammen annähernd 48 % ihrer Arbeiter und 39 % ihrer Betriebe. Am geringsten waren die Leder- sowie die Nahrungs- und Genußmittelindustrie von diesem Niedergang betroffen. Für die Gummiwaren- und Lederindustrie lassen sich die leichten Zuwächse durch die hohe militärische Nachfrage nach Ausrüstungsgegenständen aus Leder und einen gesteigerten Bedarf an Kunstleder erklären.⁸⁰ Die Nahrungsmittelindustrie hingegen ‚profitierte‘ davon, daß sich die Militär- und Zivilbehörden einerseits von Still- oder Zusammenlegungen in dieser Branche kaum Einsparungen erwarteten und sie ihr andererseits trotz zunehmender Zentralisation für die Versorgung der Bevölkerung eine wichtige Rolle zuwiesen.⁸¹

Dagegen steht der überaus starke Schrumpfungsprozeß der Textilindustrie im scharfen Kontrast zur herausragenden Position, die diese Branche bis 1913 – und wieder nach 1918 – einnahm.⁸² Mehr als zwei Drittel der Textilbetriebe mußten zumindest für die Dauer des Kriegs schließen. Beschäftigte die Textilindustrie 1913 noch fast jeden dritten Arbeiter in Sachsen, so war es 1918 nur noch etwa jeder sechste. Die Ursachen sind relativ leicht zu identifizieren. Im Unterschied zu einer Reihe anderer Branchen, für die vor allem die Einziehung ihrer männlichen Arbeitskräfte zum Militär das zentrale Problem darstellte, litten die Textil- wie auch die Bekleidungsindustrie,⁸³ die überwiegend weibliche Kräfte beschäftigten, schwer unter der Wirtschaftsblockade der Entente und den daraus resultierenden Regelungen der Reichsleitung zur Bewirtschaftung textiler Rohstoffe.⁸⁴ Hinzu kam, daß große Teile dieser Gewerbe auf Luxusprodukte für den angloamerikanischen Auslandsmarkt spezialisiert waren und die besonders in Westsachsen stark vertretene Feintextilienindustrie ihre Maschinen vielfach nicht ohne weiteres auf die vom Heer benötigten gröberen Stoffe umstellen konnte.

⁸⁰ Die Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten (wie Anm. 78), S. 3.23 f., weisen für die Lederindustrie eine starke Zunahme der Arbeitskräftezahl, für die signifikant schwächere Gummiwarenindustrie hingegen eine deutliche Abnahme aus.

⁸¹ Vgl. SächsHStA Dresden, KA(P) 13140, S. 191.

⁸² Vgl. BRAMKE, Sachsens Industrie(gesellschaft) (wie Anm. 7), S. 44 f.

⁸³ Vor 1914 stammte knapp die Hälfte der Industrieproduktion Sachsens aus diesen beiden Industriezweigen; vgl. KARSTEN RUDOLPH, Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1871–1923) (Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, Bd. 1), Weimar/Köln/Wien 1995, S. 181.

⁸⁴ Deutschland führte vor dem Krieg rund 95 % der benötigten Spinnstoffe aus dem Ausland ein; vgl. ROLF WALTER, Wirtschaftsgeschichte. Vom Merkantilismus bis zur Gegenwart (Wirtschafts- und sozialhistorische Studien, Bd. 4), Köln/Weimar/Wien 1995, S. 129 f. – Im Rahmen der Zwangsbewirtschaftung in der Textilindustrie wurde auch der bisweilen enge Zusammenhang zwischen den kriegsbedingten Schwierigkeiten der sächsischen Landwirtschaft und dem industriellen Rohstoffmangel deutlich: An der eng mit der dürftigen Haferernte verbundenen Futternot scheiterte nämlich der beabsichtigte Ausbau der Schafhaltung, der Entlastung für die an Wollmangel leidende Textilindustrie hätte bringen sollen; vgl. dazu SächsHStA Dresden, KA(P) 13140, S. 198.

Ganz anders entwickelten sich die modernen Wachstumsindustrien, die im Krieg jedoch primär für den militärischen Bedarf fertigten. Die Betriebe des Hüttenwesens, der Metallverarbeitung und des Maschinenbaus verloren im ersten Kriegsjahr einen großen Teil ihrer Arbeiterschaft, während der Gesamtumfang der Belegschaften in der chemischen Industrie fast konstant blieb. 1916 dann belebte sich die Kriegskonjunktur für diesen Sektor – zunächst mit Ausnahme der Metallverarbeitung, die aber ein Jahr später nachzog. Der deutliche Sprung von Mai 1916 bis Mai 1917 dürfte in engem Zusammenhang mit der Einführung des Hilfsdienstgesetzes Ende 1916 gestanden haben, das auch in Sachsen zu einem verstärkten Akquirieren von Arbeitskräften für die Kriegsindustrien führte.⁸⁵ Der Zunahme der Arbeiterzahl entgegengesetzt, verringerte sich allerdings die Zahl der Betriebe, was auf eine stärkere Konzentration und die Stilllegung kleinerer Betriebe hinweist.⁸⁶ Während alle anderen Industriezweige nach Kriegsende wieder zulegten, schrumpften die Kriegsindustrien: Die stark aufgeblähte chemische Industrie mußte bis 1919 eine Verkleinerung auf weniger als die Hälfte hinnehmen, die Belegschaften in der Metallverarbeitung sanken sogar unter den Stand von 1913.

Verloren die ‚gemischten Industrien‘ ihre führende Rolle innerhalb der sächsischen Wirtschaft klar an die ‚Kriegsindustrien‘, blieb der Anteil der sogenannten Friedensindustrien – also solcher Industriezweige, die keine nennenswerte Bedeutung für die Kriegführung hatten – mit 22,4 % im letzten Kriegsjahr gegenüber 25,4 % bei Kriegsausbruch relativ konstant. Allerdings war die Situation in dieser Gruppe ähnlich uneinheitlich wie in der Gruppe der Mischindustrien.

Besonders stark gingen die Zahlen im Baugewerbe und in der Industrie der Steine und Erden zurück. Verantwortlich dafür waren die staatlichen Bauverbote, der militärische Bedarf an dem vorwiegend in diesen Branchen zu findenden Fachpersonal für Stellungsbau-, Gesteins- und Sprengarbeiten sowie der Kohlenmangel, der die Ziegelproduktion beeinträchtigte.⁸⁷ Demgegenüber erreichte die Beschäftigungssituation in der Papiererzeugung und in der Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte („Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle“) nach erheblichen Einbrüchen im zweiten und dritten Kriegsjahr 1918 wieder ungefähr den Stand von 1914. Die relativ günstige Situation dieser beiden Gewerbegruppen war in erster Linie das Ergebnis einer kriegsspezifischen Massennachfrage nach ihren Kernprodukten: Papier fand nun nicht mehr allein vorrangig für den Druck von Zeitungen und Büchern Verwendung, sondern in großem Umfang auch zur Befriedigung der Bedürfnisse der ‚Kriegsbürokratie‘ sowie zur Herstellung von

⁸⁵ Die Behauptung Rüdigers, allein die Metallindustrie habe durch Rüstungsaufträge eine starke Expansion erfahren, trifft nicht zu; vgl. BERND RÜDIGER, *Der Freistaat in der Weimarer Republik*, in: *Sächsische Heimatblätter* 30 (1984), S. 138–150, hier S. 138.

⁸⁶ Die durchschnittliche Arbeiterzahl pro Betrieb erhöhte sich von 37,4 (1914) auf 54,3 (1918).

⁸⁷ Vgl. *Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten* (wie Anm. 78), S. 3.13 f., 3.33.

Propagandamaterial, Lebensmittelkarten und Papiergeld.⁸⁸ Außerdem benötigte man *es in ungeahnten Mengen*, um Verbandmaterial und Papiergarn zu produzieren.⁸⁹ Für die Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte dagegen sind zu nennen: ein erhöhter Verbrauch von Gas, auf das viele Betriebe und Haushalte wegen unzureichender Kohle- und Leuchtölzuteilungen umstellten, und eine beträchtlich vermehrte Nachfrage nach Grundstoffen für die Sprengstoffherstellung.

Jene ‚Konversion‘ des Papiers für Kriegszwecke kam zum Teil auch dem polygraphischen Gewerbe zugute. Indessen wirkten die positiven Effekte dieses Vorgangs weit weniger als die negativen, die sich in einer bedeutenden Verknappung des für Zeitschriften und Bücher zur Verfügung stehenden Papiers bemerkbar machten. Mit einem analogen, rohstoffbedingten Problem hatte die Holz- und Schnitzstoffindustrie zu kämpfen. Neben den Holz-mangel trat in dieser Branche aber als weitere Belastung der überproportionale Verlust an Facharbeitern, die von den Rekrutierungsbehörden wegen ihrer besonderen Eignung für militärische Bauvorhaben nur ausnahmsweise freigestellt wurden.

Regionale Struktur:

Neben den Veränderungen im Branchengefüge machten sich mit fortschreitender Dauer des Kriegs auch Wandlungen in der regionalen Struktur bemerkbar. Konnten alle Kreishauptmannschaften im Verlauf des Vorkriegsjahrzehnts zunächst einen deutlichen Anstieg der Zahl der Betriebe und der Arbeitskräfte verzeichnen, so erlebten sie sämtlich seit Ende 1913 eine Stagnation bei den Beschäftigtenzahlen, die Kreishauptmannschaft Zwickau sogar einen merklichen Abbau von Fabrikbetrieben und Arbeitsplätzen (Tabelle 6).

Kreishauptmannschaft		1910	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
Bautzen	Betriebe	2.661	3.262	3.407	2.922	2.700	2.569	2.462	3.069
	Arbeiter	77.191	84.102	83.819	66.261	58.521	56.796	54.335	60.854
Chemnitz	Betriebe	6.639	7.675	8.032	6.846	5.868	5.328	5.229	6.422
	Arbeiter	174.481	195.037	197.773	147.693	125.676	130.643	131.683	138.177
Dresden	Betriebe	6.542	7.879	8.288	7.372	6.901	6.692	6.509	7.591
	Arbeiter	165.894	188.600	188.957	147.736	155.484	176.267	182.620	169.006
Leipzig	Betriebe	5.497	6.700	7.032	6.136	5.726	5.450	5.405	6.338
	Arbeiter	161.079	181.808	181.237	123.232	119.038	131.553	142.278	145.170
Zwickau	Betriebe	7.590	9.650	8.939	5.675	5.061	4.494	4.254	5.188
	Arbeiter	157.280	174.614	165.968	117.745	104.441	109.606	113.786	116.261

Tabelle 6: Fabriken und diesen gleichgestellte Anlagen nach sächsischen Verwaltungsbezirken⁹⁰

⁸⁸ Zwischen 1914 und 1918 erhöhte sich der überwiegend auf einer Vermehrung der Banknoten basierende Geldumlauf um fast 400 %; vgl. dazu MANFRED ZEIDLER, Die deutsche Kriegsfinanzierung 1914 bis 1918 und ihre Folgen, in: Michalka, Der Erste Weltkrieg (wie Anm. 2), S. 415–433, bes. S. 428.

⁸⁹ Vgl. Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten (wie Anm. 78), S. 3.23.

⁹⁰ Vgl. SJKS 39, S. 76 f.; SJKS 43, S. 82–87; SJFS 44, S. 124–129. In den Angaben sind die in der Industrie beschäftigten Kriegsgefangenen nicht enthalten.

Mit Kriegsbeginn sank dann in allen Regionen die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten. Den Tiefpunkt erreichten die Arbeitnehmerzahlen in der Dresdner Kreishauptmannschaft 1915, in der Leipziger, Chemnitzer und Zwickauer 1916. Im Bautzener Bezirk setzten sich sowohl der quantitative Rückgang der aktiven Betriebe als auch derjenige der Arbeiter stetig bis 1918 fort, allerdings mit einem weniger steilen Verlauf als in den anderen Kreishauptmannschaften. Trotz einer 1915/1916 beginnenden Zunahme der Beschäftigtenzahl kam selbst im ersten Nachkriegsjahr keine der sächsischen Regionen annähernd wieder auf den Vorkriegsstand.

Die mit Ausnahme der Kreishauptmannschaft Bautzen relativ gleichmäßige Verteilung der Arbeitskräfte über die Regionen erfuhr nach 1915 eine merkliche Verschiebung zugunsten des Dresdner Raums: Zwar verringerte sich auch dort die Zahl der Betriebe, doch waren 1918 um Dresden herum fast genauso viele Arbeiter beschäftigt wie bei Kriegsausbruch.⁹¹ Erklärbar wird dieser Vorgang dadurch, daß sich um die Landeshauptstadt verschiedene Kriegsindustrien mit relativ hohen Wachstumsraten ballten:⁹² 1918 waren in der Region 19 692 von 27 521 sächsischen Chemiarbeitern und 9 140 der 11 817 im sächsischen Hüttenwesen Arbeitenden tätig. Ebenso konzentrierten sich zahlreiche Betriebe der Metallverarbeitung (1918: 17 474 Arbeiter) und des Maschinenbaus (1918: 53 501 Arbeiter) sowie die meisten Fabrikanlagen mit 500 und mehr Arbeitern – 1914: 45 (27 %); 1918: 39 (30 %) – in der Kreishauptmannschaft Dresden.⁹³ Von den anderen Bezirken Sachsens konnten allein die Kreishauptmannschaften Chemnitz und Leipzig einen geringen absoluten Zuwachs im Maschinenbau verbuchen.⁹⁴ Besonders hohe Verluste hatte die Kreishauptmannschaft Zwickau hinzunehmen, in der die Textilindustrie besonders stark vertreten war und wo über 52 % der Betriebe ihre Tätigkeit einstellen mußten.

Betriebsgrößenstruktur:

Nicht nur die Branchenstruktur und die regionale Verteilung der Gewerbezweige des sekundären Sektors erfuhren unter den Einwirkungen des Wirtschafts-

⁹¹ 1914/1918 verteilten sich die Arbeitskräfte wie folgt: KHS Bautzen 10 %/9 %; KHS Chemnitz 24 %/21 %; KHS Dresden 23 %/29 %; KHS Leipzig 22 %/23 % und KHS Zwickau 20 %/18 %.

⁹² Zur uneinheitlichen Entwicklung innerhalb einzelner sächsischer Regierungsbezirke vgl. z. B. die Darstellung der Lage im Dresdner Bezirk: Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten (wie Anm. 78), S. 3.161–3.168; ferner PARK, Sächsische Kriegsindustrie (wie Anm. 5), S. 199–202.

⁹³ Der deutliche Rückgang der Beschäftigtenzahl in der KHS Dresden nach 1918 resultierte vermutlich zu einem erheblichen Teil aus dem Personalabbau in der chemischen Industrie. Diese Verringerung verdeutlicht noch einmal das kriegsbedingte Wachstum dieses Industriezweigs.

⁹⁴ Zu den Folgen der ansonsten aber – insbesondere kurz vor Ende des Ersten Weltkriegs – problematischen Beschäftigungslage in der KHS Chemnitz vgl. u. a. die Schilderungen der Stadt Frankenberg und der Gemeinde Jahnsdorf sowie die entsprechenden Reaktionen der Kreishauptmannschaft und des Reichsausschusses für Druckgewerbe, Verlag und Papierverarbeitung in SächsHStA Dresden, MdI 7579, Bl. 29–35.

kriegs eine beträchtliche Umgestaltung, sondern auch die Betriebsgrößenstruktur. Sachsens Industrie startete mit einem im Vergleich zu den anderen Bundesstaaten des Deutschen Reichs ausgesprochen hohen Anteil von Alleinbetrieben und mittelständischen Unternehmungen (11 bis 200 Beschäftigte) in den Ersten Weltkrieg (Tabelle 7).

Beschäftigte	Sachsen	%	Preußen	%	Deutsches Reich	%
Alleinbetriebe	75.768	46,3	427.615	42,8	788.055	43,6
2-10	72.983	44,6	504.239	50,4	899.530	49,8
11-200	14.275	8,7	64.793	6,5	113.782	6,3
201-1.000	657	0,4	2.797	0,3	4.998	0,3
über 1.000	33	0,02	358	0,04	478	0,03
Summe	163.716		999.802		1.806.843	

Tabelle 7: Betriebsgrößen der gewerblichen Hauptbetriebe 1907 (Gewerbeabteilung B, ohne Hausgewerbe)⁹⁵

Vor 1914 machte diese „günstige Mischung aus Klein- und Mittelbetrieben“ die sächsische Industrie offenbar unempfindlicher gegen Konjunkturschwankungen, denn „Personalkredite, auf die der mittelständische Unternehmer angewiesen war, der nicht die dingliche Sicherheit stellen konnte wie der Großunternehmer, wurden [...] nur vorsichtig gegeben und führten daher bei Krisen nicht zu Katastrophen, wie dies bei größeren Unternehmungen der Fall war, die ihren Zinsendienst weiter erfüllen mußten.“⁹⁶ Was – branchenabhängig – in Friedenszeiten durchaus Vorteile hat aufgrund der größeren Fähigkeit einer derartig strukturierten Wirtschaft, den Markt mit einem spezialisierten Angebot bei gleichzeitig hoher Produktdifferenzierung zu bedienen, kann unter den Bedingungen einer Kriegswirtschaft mit ihrer Forderung nach Massenfertigung relativ weniger Güter zu Problemen führen. Entsprechend fiel die Reaktion der sächsischen Industrie aus: Sie begleitete den Rückgang der Zahl der Betriebe und die Umschichtung der Arbeitskräfte in die Kriegsindustrien mit einem zunehmenden Konzentrationsprozeß auf Kosten der kleinen und mittleren Betriebe, besonders derjenigen mit 10 bis 24 Mitarbeitern (Tabelle 8).

⁹⁵ Vgl. StDR 215, S. 3 f., 464 ff. Da die Zählungen der Gewerbestatistik nicht nach Betrieben und Teilbetrieben unterscheiden, wird die tatsächliche Anzahl der Hauptbetriebe insgesamt erheblich niedriger gelegen haben (vgl. FISCHER, *Wirtschaft und Gesellschaft* [wie Anm. 16], S. 340 f.). Bei der Zusammenstellung der Zahlen für Tabelle 7 wurden die in der Gewerbestatistik miterhobenen Betriebe des Hausgewerbes aus methodischen Gründen abgezogen – die Heimgewerbetreibenden rechnen zur Arbeiter- und nicht, wie in der Statistik impliziert, zur Unternehmerschaft –, da ihre Berücksichtigung die Vergleichbarkeit der Daten eingeschränkt hätte; vgl. hierzu HENTSCHEL, *Erwerbs- und Einkommensverhältnisse* (wie Anm. 15), S. 38.

⁹⁶ KURT MÖCKEL, *Die Bedeutung der Ausfuhr für die sächsische Industrie* (*Der sächsische Wirtschaftsraum. Leipziger Beiträge zur Raumforschung*, H. 1), Leipzig 1938, S. 26 f.

		unter 10 Arbeiter	10 bis 24 Arbeiter	25 bis 49 Arbeiter	50 bis 99 Arbeiter	100 bis 499 Arbeiter	ab 500 Arbeiter	Arbeiter pro Betrieb	Arbeiter pro Betrieb ≥ 10 Arbeiter	Arbeiter pro Betrieb ab 500 Arbeiter
1910	Betriebe	17.806	5.389	2.560	1.644	1.392	138	25,4	60,6	758,4
	Arbeiter	62.068	81.592	88.330	113.429	269.169	121.337			
1913	Betriebe	23.283	5.753	2.724	1.737	1.509	160	23,4	63,4	963,5
	Arbeiter	71.352	89.033	95.415	121.033	294.166	154.162			
1914	Betriebe	23.832	5.728	2.700	1.734	1.538	166	22,9	62,9	884,0
	Arbeiter	71.649	88.353	93.296	120.203	297.515	146.738			
1915	Betriebe	20.452	4.007	1.977	1.223	1.186	106	20,8	64,0	926,6
	Arbeiter	58.381	60.781	68.997	85.815	230.477	98.216			
1916	Betriebe	18.279	3.677	1.897	1.250	1.060	93	21,4	64,0	1026,6
	Arbeiter	52.474	56.482	66.181	87.504	205.041	95.478			
1917	Betriebe	16.775	3.490	1.833	1.225	1.091	119	24,7	71,8	1176,3
	Arbeiter	48.056	53.860	64.567	85.369	213.038	139.975			
1918	Betriebe	16.128	3.443	1.844	1.184	1.130	130	26,2	74,7	1208,3
	Arbeiter	47.228	53.310	64.599	82.935	219.547	157.083			

Tabelle 8: Betriebsgrößen der sächsischen Fabriken und der diesen gleichgestellten Anlagen⁹⁷

Während der Trend vor dem Krieg im Ganzen auf eine Verringerung der durchschnittlichen Belegschaft hinauslief, erhöhte sich der Mittelwert seit 1914: Bei Kriegsausbruch waren je Fabrik bzw. gleichgestellter Anlage im Durchschnitt 22,9 Arbeiter beschäftigt, 1918 dagegen 26,2. Klarer noch tritt der Konzentrationsvorgang bei einem Vergleich der mittleren mit den großen Unternehmungen hervor: Waren 1914 73,3 % der Arbeiter (599 367) in den mittleren und mittelgroßen Fabriken mit 100 bis 499 Arbeitern beschäftigt, so ging dieser Anteil bis 1918 auf 67,3 % (420 391) zurück. Die großen Betriebe ab 500 Mitarbeitern legten unterdessen nicht nur relativ zu (1914: 17,9 %; 1918: 25,1 %), sondern konnten auch die Gesamtzahl ihrer Arbeiter um mehr als 10 000 steigern.⁹⁸ Daß sie als einzige Betriebsgrößengruppe nach 1918 deutlich an Beschäftigten verloren, zeigt allerdings die allein auf den Krieg beschränkten Grundlagen dieser Entwicklung.

Es überrascht nicht, daß die Betriebe in den Kriegsindustrien am deutlichsten wuchsen. Wiesen 1914 Durchschnittsbetriebe in der Metallverarbeitung 25,9, im Maschinenbau 45,6 und in der chemischen Industrie 34,7 Arbeiter auf, so vergrößerte sich ihr Potential bis 1918 auf 33,2, 67,5 bzw. 103 Arbeiter. Geringe Zunahmen verbuchten ferner die Papier- sowie die Holz- und Schnitzstoffindustrie. Reduzierungen hatten in erster Linie die Bekleidungsindustrie und das

⁹⁷ Zusammengestellt und berechnet nach SJKS 34, S. 71; SJKS 39, S. 83; SJKS 42, S. 99; SJFS 44, S. 140.

⁹⁸ Den von KOCKA, *Klassengesellschaft im Krieg* (wie Anm. 29), S. 28 f., angenommenen Vorgang der Unternehmenskonzentration zu Lasten der Personengesellschaften unterstreicht für Sachsen, wo – wie bereits erwähnt – diese Gesellschaftsform vor dem Ersten Weltkrieg überdurchschnittlich häufig vertreten war, auch die Vermehrung der Kapitalgesellschaften bei gleichzeitigem Rückgang der Gesamtzahl der Unternehmungen.

polygraphische Gewerbe, ferner die Industrie der Steine und Erden und das Hüttenwesen hinzunehmen.⁹⁹ Auf den ersten Blick erstaunlich ist indes die Steigerung der durchschnittlichen Betriebsgröße in der Textilindustrie von 37,8 auf 53,9, die aber vermutlich einerseits als Folge vermehrter Betriebszusammenlegungen und andererseits als Indiz für das Überleben gerade der größeren Betriebe dieser Branche zu interpretieren ist.

An diesen Themenkomplex schließt sich unmittelbar die Frage an, inwieweit sich unter den gewandelten Bedingungen das Handwerk zu behaupten vermochte. Mangels eindeutiger Indikatoren sind die Auswirkungen der Kriegswirtschaft auf die reinen Handwerksbetriebe nur schwer zu bestimmen. Anhand indirekter Merkmale lassen sich dennoch einige Aussagen treffen.¹⁰⁰

Rein quantitativ und speziell in den klassischen Berufsfeldern gelang es dem sächsischen Handwerk, vor dem Ersten Weltkrieg durchaus seine Position zu halten.¹⁰¹ Traditionell konzentrierte es sich in Sachsen zwar eher auf die stagnierenden Wirtschaftszweige (Tabelle 9), wie das Textil-, Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, jedoch waren mit wachsender Tendenz auch zahlreiche Betriebe in der Metallverarbeitung und im Maschinenbau tätig.

Gewerbegruppe	Hauptbetriebe	Anteil der Betriebe mit < 10 Arbeitern
Bergbau und Hüttenwesen	190	22,6 %
Steine und Erden	3.597	65,5 %
Metallverarbeitung	11.892	92,1 %
Maschinenbau	11.474	87,6 %
Chemie	919	80,8 %
Forstwirtschaftliche Nebenprodukte	596	74,0 %
Textil	62.327	94,1 %
Papier	3.055	74,8 %
Leder und Gummi	4.073	95,6 %
Holz- und Schnitzstoffe	16.562	93,0 %
Nahrungs- und Genußmittel	29.401	97,2 %
Bekleidung	77.910	98,5 %
Reinigung	15.692	99,1 %
Baugewerbe	13.837	83,8 %
Polygraphie	2.381	73,4 %

Tabelle 9: Gewerbliche Hauptbetriebe in Sachsen (1907).¹⁰²

⁹⁹ Der Wert für das Hüttenwesen wird freilich dadurch verzerrt, daß bei einem Wachstum von 7 419 auf 11 817 Arbeiter mehr als eine Verdoppelung der Werke von 17 auf 35 stattfand.

¹⁰⁰ Vgl. auch KOCKA, *Klassengesellschaft im Krieg* (wie Anm. 29), S. 85 ff., sowie oben, Anm. 74.

¹⁰¹ Vgl. KURT LANGE, *Die soziale Gliederung der Bevölkerung im Königreich Sachsen. Versuch einer statistischen Darstellung*, Leipzig 1915, S. 84; zur Eingrenzung der klassischen Berufsfelder im Handwerk bietet LANGE (vgl. ebd., S. 85 ff.) eine Auflistung der Gewerbe, die von jeher das Feld handwerklicher Tätigkeit gewesen sind.

¹⁰² Zusammengestellt und berechnet nach StDR 215, S. 231 f.

1907 waren mit Ausnahme des kapitalintensiven Hüttenwesens alle später kriegswichtigen Gewerbe zu jeweils über 80 % und bis auf das polygraphische Gewerbe alle Friedensindustrien zu jeweils über 90 % mit Handwerksbetrieben besetzt. Diese dominierten ferner die im Kriegsverlauf sich als recht stabil erweisende Nahrungs- und Genußmittelbranche. Bei Kriegsausbruch bot sich folglich ein ziemlich disparates Bild, das sich – auch hier wieder nur rein quantitativ betrachtet – bis 1916 sogar zugunsten der Handwerksbetriebe zu verändern schien: Jedenfalls erhöhte sich bei den von der Gewerbeaufsicht erfaßten Betrieben mit weniger als 10 Arbeitern entgegen allen später zu beobachtenden Konzentrationsvorgängen zunächst der Anteil der Arbeitskräfte von 8,8 (1914) auf 9,3 % (1916), derjenige der Betriebe von 66,8 auf 70,6 % (1915) (Tabelle 10).¹⁰³

	Betriebe mit ≥ 10 Arbeitern	% aller Fabriken	Arbeiter	% aller Arbeiter in Fabriken
1910	11.123	38,5	673.857	91,6
1913	11.883	33,8	752.809	91,3
1914	11.866	33,2	746.105	91,2
1915	8.499	29,4	544.286	90,3
1916	7.977	30,4	510.686	90,7
1917	7.758	31,6	556.809	92,1
1918	7.731	32,4	577.474	92,4
1919	9.210	32,2	570.864	90,7

Tabelle 10: Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern (Industriebetriebe) in Sachsen.¹⁰⁴

Zumindest im ersten Kriegsjahr gestaltete sich die Situation für das sächsische Handwerk überdies besser als für das Handwerk in anderen deutschen Bundesstaaten, wobei sich mit Ausnahme der Buchbinderei und der Handschuhmacherei überwiegend die Gewerbebranchen am günstigsten entwickelten, die dem lokalen Konsum dienten (Bäcker, Fleischer, Maurer, Schneider, Barbier).¹⁰⁵ Einen besonders schweren Stand hatten dagegen Handwerker, die von speziellen Verboten betroffen waren, wie etwa das Baugewerbe von der *Bausperre*.¹⁰⁶ Spätestens der seit 1916/17 sinkende Anteil der Betriebe mit weniger als zehn Arbeitern und der bei ihnen Beschäftigten zeigt das Ende dieser für das Handwerk einigermaßen zufriedenstellenden Entwicklung an. Denn nun zwang die Einführung des Hindenburgprogramms auch die sächsischen Militärbefehlshaber und Zivilbehörden, das

¹⁰³ Da tatsächlich aber die absoluten Werte stetig im Sinken begriffen waren – 1914: 71 649, 1916: 52 474, 1918: 47 228 –, erklärt sich die relative Verbesserung der Position allein daraus, daß bis 1916 die Arbeiterzahlen in der Gruppe der Betriebe mit mindestens zehn Arbeitern schneller zurückgingen als in der Gruppe der Betriebe mit weniger als zehn Arbeitern.

¹⁰⁴ Zusammengestellt und berechnet nach SJKS 34, S. 71; SJKS 39, S. 83; SJKS 42, S. 99; SJFS 44, S. 140.

¹⁰⁵ Vgl. LANGE, Soziale Gliederung (wie Anm. 101), S. 89.

¹⁰⁶ Vgl. KÜLZ, Volkswirtschaft Sachsens (wie Anm. 27), S. 203.

Arbeitskräftepotential rigoroser in Richtung auf die großen Betriebe und die kriegswichtigen Industrien umzuschichten.¹⁰⁷

Die Handwerker reagierten mit einer zunehmenden Organisierung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten.¹⁰⁸ Im Unterschied zum landwirtschaftlichen erlebte deshalb das gewerbliche Genossenschaftswesen einen erheblichen Aufschwung. Obgleich sich bereits seit 1914 Umfang und Zahl der Genossenschaften und ihrer Mitglieder konstant und stark erweiterten, erfuhr dieser Vorgang seine größte Beschleunigung erst in den letzten beiden Kriegsjahren: Bis 1918 konnte die Zahl der Mitglieder verdreifacht, der Reingewinn vervierfacht und die Summe der *Gesamteinnahmen für Waren und Maschinenbenutzung* mehr als verfünffacht werden. Den größten Bedeutungszuwachs hatten die Rohstoff- sowie die Absatz-, Magazin- und Produktivgenossenschaften, da sie Nachfrage und Angebot der einzelnen Handwerker gegenüber den sächsischen Beschaffungsstellen und den Reichszentralbehörden zu bündeln vermochten und somit den kleineren Betrieben erst den Zugriff auf den zwangsbewirtschafteten Markt ermöglichten. Dennoch, gemessen an der Gesamtzahl der Handwerksbetriebe, blieb der Anteil der in Genossenschaften zusammengeschlossenen Handwerker selbst im Krieg niedrig.¹⁰⁹

Der nach dem Waffenstillstand einsetzende, rasche Anstieg der Zahl der Industrie- und Handwerksbetriebe (ein halbes Jahr nach Kriegsende sind es schon wieder rund 29 000) läßt erkennen, daß viele gerade der kleinen Unternehmungen nicht eingegangen waren, sondern ‚nur‘ stillgelegt worden waren bzw. in Abwesenheit des Betriebsinhabers *vorläufig geruht* hatten. Ähnlich ephemere blieben die zwischen 1914 und 1918 erfolgten Veränderungen in der Industriestruktur, vor allem die zugunsten der mit einem höheren Modernisierungspotential ausgestatteten Gewerbebezüge.¹¹⁰ Die Branchen- und Betriebsgrößenstruktur der Vorkriegszeit wurde zu Beginn der Weimarer Republik quasi reaktiviert, allerdings unter den ungleich schlechteren Bedingungen einer mittlerweile von ihren wichtigsten Rohstoff- und Absatzgebieten in Ostmitteleuropa fast abgeschnittenen Volkswirtschaft.¹¹¹

¹⁰⁷ Zu den Hintergründen und Ursachen der Konzentration in der sächsischen Industrie vgl. auch MERTENS, Zivil-militärische Zusammenarbeit (wie Anm. 12), Kap. 6.1.3.2, 6.1.3.3, 6.1.4.3 und 6.2.5; zum überproportional hohen Anteil der Handwerksbetriebe an den Stilllegungen in anderen deutschen Regionen vgl. u. a. MAI, Kriegswirtschaft (wie Anm. 10), S. 63–66, 87 f.; BERNHARD SICKEN, Die Festungsstadt Wesel im Ersten Weltkrieg: Kriegsauswirkungen und Versorgungsprobleme, in: Bernhard Kirchgässner/Günter Scholz, Stadt und Krieg (Stadt in der Geschichte, Bd. 15), Sigmaringen 1989, S. 125–222, hier S. 206 f.

¹⁰⁸ Zu ähnlichen Tendenzen in Württemberg vgl. MAI, Kriegswirtschaft (wie Anm. 10), S. 83 ff., 89–92.

¹⁰⁹ Vgl. SJFS 44, S. 414; SJFS 46, S. 448; ferner KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg (wie Anm. 29), S. 88 f.; MAI, Kriegswirtschaft (wie Anm. 10), S. 91.

¹¹⁰ RÜDIGER, Freistaat (wie Anm. 85), S. 141.

¹¹¹ BRAMKE, Sachsens Industrie(gesellschaft) (wie Anm. 7), S. 41 f.; RUDOLPH, Sächsische Sozialdemokratie (wie Anm. 83), S. 181.

Ursachen:

Ungeachtet einer heterogenen Entwicklung in den einzelnen Industriebranchen und Bezirken stellt sich die Frage, warum die sächsische Industrie in ihrer Gesamtheit an Arbeitskräften prozentual fast das Dreifache des Reichsdurchschnitts einbüßte. Als naheliegende Erklärungen drängen sich auf: Die kaum entwickelte Schwer-, Produktionsgüter- und Rüstungsindustrie, der Mangel an eigenen Rohstofflagerstätten, das Vorherrschen von Klein- und Mittelbetrieben, die Ausrichtung der Produktionspalette auf Luxusartikel bzw. Güter des ‚Friedensbedarfs‘ und die starke Exportabhängigkeit.¹¹² Sicherlich darf man den Einfluß dieser Faktoren keineswegs unterschätzen. Indes reichen sie nicht aus, um die große Differenz zu erklären. Denn in den beiden süddeutschen Königreichen existierten bei Kriegsausbruch ähnlich ungünstige Startbedingungen, die sich aber offenbar wesentlich schwächer auswirkten als in Sachsen.¹¹³

Um die zentralen Schwachpunkte der sächsischen Industrie näher zu bestimmen, bietet sich deshalb ein überregionaler Vergleich an. Zwar sind geeignete Angaben für die Königreiche Preußen, Bayern und Württemberg nur für 1913 und 1918 verfügbar,¹¹⁴ so daß Effekte von Vorgängen, die noch während des letzten Friedensjahres wirksam wurden, nicht isoliert werden können. Auch ist eine Gegenüberstellung der Betriebszahlen nicht möglich, da in Preußen ein Teil der sogenannten ruhenden, aber nicht aufgegebenen Betriebe mitgezählt wurde, wodurch eine höhere Anzahl von Betrieben in der Statistik erscheint als in den sächsischen Aufstellungen. Gleichwohl läßt eine Betrachtung, die sich auf die Entwicklung der Arbeitskräftezahlen zwischen 1913 und 1918 konzentriert, ausreichend Rückschlüsse auf die Leistungsfähigkeit der einzelnen Gewerbebezüge zu (Tabelle 11).

Gewerbegruppe	Preußen	Bayern	Württemberg	Sachsen
‚Kriegsindustrien‘				
III. (Hüttenwesen)	+ 19 %	- 3 %	+ 29 %	+ 51 %
V. (Metallverarbeitung)	+ 11 %	+ 13 %	- 11 %	+ 5 %
VI. (Maschinenbau)	+ 63 %	+ 50 %	+ 62 %	+ 22 %
VII. (Chemie)	+ 217 %	+ 132 %	+ 190 %	+ 187 %
Kriegsindustrien gesamt	+ 52 %	+ 49 %	+ 40 %	+ 27 %

¹¹² Vgl. u. a. KÖTZSCHKE/KRETZSCHMAR, Sächsische Geschichte (wie Anm. 5), S. 239; BRAMKE, Sachsens Industrie(gesellschaft) (wie Anm. 7), S. 35 und 51.

¹¹³ Als Beispiel seien einige bedeutende Firmen der württembergischen Metallindustrie genannt, die trotz ausgeprägter Exportorientierung den Krieg glänzend überstanden: Die WMF (Württembergische Metallwarenfabrik) etwa setzte vor dem Krieg 75 % ihrer Produktion in das Ausland ab, Bosch sogar 88 %, den überwiegenden Teil davon in die USA; vgl. dazu MAI, Kriegswirtschaft (wie Anm. 10), S. 66, Anm. 11.

¹¹⁴ Auf die Einbeziehung des Großherzogtums Baden, das über mehr Industriearbeiter verfügte als Württemberg, wird verzichtet, da die Berichte der badischen Gewerbeaufsichtsbeamten nicht hinreichend ergiebig sind.

Gewerbegruppe	Preußen	Bayern	Württemberg	Sachsen
,Gemischte Industrien ⁴				
IX. (Textil)	- 53 %	- 54 %	- 60 %	- 57 %
XI. (Leder-, Gummi)	- 13 %	+ 23 %	- 22 %	- 11 %
XIII. (Nahrungs-, Genußmittel)	- 27 %	- 16 %	- 23 %	- 13 %
XIV. (Bekleidung)	- 31 %	- 12 %	- 37 %	- 47 %
,Gemischte Industrien ⁴ insgesamt	- 36 %	- 28 %	- 45 %	- 48 %
,Friedensindustrien ⁴				
IV. (Steine, Erden)	- 61 %	- 55 %	- 64 %	- 65 %
VIII. (Forstwirt. Nebenprodukte)	- 7 %	+ 15 %	- 14 %	- 3 %
X. (Papier)	- 24 %	- 21 %	- 8 %	- 5 %
XII. (Holz-, Schnitzstoffe)	- 31 %	- 18 %	- 27 %	- 22 %
XV. (Reinigung)	- 21 %	- 9 %	- 15 %	- 9 %
XVI. (Bau)	- 54 %	- 64 %	- 58 %	- 60 %
XVII. (Polygraphie)	- 29 %	- 26 %	- 36 %	- 35 %
,Friedensindustrien ⁴ insgesamt	- 42 %	- 43 %	- 33 %	- 34 %
Sonstige Gewerbe	+ 27 %	+ 80 %	- 17 %	- 62 %
Arbeitskräfterrückgang insgesamt (1918 gegenüber 1913)				
	- 2 %	- 11 %	- 11 %	- 23 %

Tabelle 11: Entwicklung der Zahl der Arbeitskräfte in Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern (Industriebetriebe) zwischen 1913 und 1918¹¹⁵

Bemerkenswert ist zunächst, daß trotz umfangreicher Einziehungen zum Militärdienst der Arbeiterbestand der preußischen Industrie 1918 kaum unter dem Wert von 1913 lag. Der Unterschied zu den Industrien der drei anderen großen Bundesstaaten war signifikant und scheint die nicht nur von sächsischer Seite geäußerte Annahme zu bestätigen, die zentralen Behörden in Berlin hätten bei der Stilllegung von Betrieben, der Kohlezuteilung oder der Vergabe von Rüstungsaufträgen preußische Unternehmen bevorzugt.¹¹⁶ Trotz mancher Benachteiligung im Einzelfall läßt sich ein systematisches Übervorteilen indes nicht belegen.¹¹⁷ Wenn Dr. März als eine herausgehobene Persönlichkeit der sächsischen Wirtschaft in mehreren Schriften aus der Kriegs- und Nachkriegszeit vehement die Auffassung von der permanenten Begünstigung Preußens – und der süddeutschen

¹¹⁵ Zusammengestellt und berechnet nach: Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten (wie Anm. 78), S. 1.1582–1.1588, 1.1598, 2.XVIII f., 3.10–3.33, 4.94–4.97; Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat, hrsg. vom Königlich Preußischen Statistischen Landesamt, 12. Jahrgang (1915), S. 171; Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen, hrsg. vom Preußischen Statistischen Landesamt, 17. Band (1921), S. 127. Die Angaben sind nicht vollständig miteinander kompatibel, da z. B. die sächsischen Daten jeweils für den 1. Mai, die württembergischen jeweils zum 1. Oktober ausgewiesen sind.

¹¹⁶ Zu den Spannungen zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten vgl. KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg (wie Anm. 29), S. 62; MAI, Kriegswirtschaft (wie Anm. 10), S. 59.

¹¹⁷ Beispiele für (vermeintliche) Benachteiligungen finden sich in MÄRZ, Sächsische Industrie (wie Anm. 1), passim; PARK, Sächsische Kriegsindustrie (wie Anm. 5), Kap. III.3.1, IV.3. und IV.4.2. – Zu den Diskussionen zwischen Vertretern des Kriegsamt und den süddeutschen Regierungen über die Berücksichtigung der Bedürfnisse der nichtpreußischen Länder bei der Ausgestaltung der Kriegswirtschaft vgl. FELDMAN, Armee, Industrie und Arbeiterschaft (wie Anm. 2), S. 229, 340–343.

Staaten – bei der Vergabe der Heeresaufträge vertrat,¹¹⁸ so steht dies wenigstens für die Jahre 1917 und 1918 im Widerspruch zu den Fakten. Tatsächlich erhielt Sachsen nämlich von der Ausgleichsstelle der Bundesstaaten für Heereslieferungen in den letzten 18 Kriegsmonaten 165 %, Preußen hingegen nur 78 % des von den Ländern gemeinsam ausgehandelten Solls an Aufträgen.¹¹⁹ Ähnlich verhält es sich mit der Behauptung, Sachsen hätte wegen des allgemeinen Rohstoffmangels in größerem Umfang Textilbetriebe stilllegen müssen als die übrigen Länder. Zum einen zeigen die Angaben in Tabelle 11 für die vier deutschen Königreiche einen relativ einheitlichen und gleichmäßigen Rückgang der Beschäftigung im Textilgewerbe. Zum anderen erfolgten auch in dieser Branche die meisten Maßnahmen in Absprache mit Vertretern aus Sachsen. Kam es zu Disparitäten in einzelnen Teilindustrien, so geschah dies in der Regel nicht gegen deren Willen. Als beispielsweise Zweifel an der Korrektheit der Entscheidung zur drastischen Reduzierung der Zahl der aktiven Baumwoll-Wirkereien auftauchten, konnte die zuständige Behörde entgegen: *Die Zusammenlegung der Betriebe ist nach den bekannten Richtlinien von der Industrie selbst beschlossen worden. Man könne in diesem Falle die Beschlußfassung als eine lückenlose ansehen, da, nachdem der betreffende Ausschuß zu einem Ergebnis gelangt war, auch die Outsider, darunter 3 Herren aus Limbach in Sachsen, befragt [wurden], und durch Unterschrift ihre Genehmigung zu der Zusammenlegung erteilt hätten.*¹²⁰ Als Motiv für die *nahezu einstimmige Einwilligung zu einer solchen, insbesondere für Sachsen einschneidenden Zusammenlegung* nennt der Bericht über die Ausschußsitzung *ganz ausserordentlich hohe Entschädigungen.*

Dieses betriebswirtschaftlich verständliche und volkswirtschaftlich sinnvolle, für die zukünftige Rolle Sachsens im interregionalen Wirtschaftsgefüge jedoch eher problematische Verhalten verweist auf die Textilindustrie als einen von zwei wesentlichen Schwachpunkten der sächsischen Industrie im Ersten Weltkrieg. Denn schon vor 1914 war der als *Hauptindustrie* des Landes apostrophierte Gewerbezweig personell – vor allem mit gering qualifizierten Kräften – klar über-

¹¹⁸ Vgl. u. a. Denkschrift des Verbandes Sächsischer Industrieller „Kriegsgesellschaften und Sächsische Industrie“ (Veröffentlichungen des Verbandes Sächsischer Industrieller, Heft 23), Dresden 1918, S. 24 f.; MÄRZ, Sächsische Industrie (wie Anm. 1), S. 218, 222 ff.

¹¹⁹ Vgl. MAI, Kriegswirtschaft (wie Anm. 10), S. 173. PARK, Sächsische Kriegsindustrie (wie Anm. 5), S. 167–170, 183–203, 216–227, stützt dagegen eher die Annahme von der Benachteiligung Sachsens. Allerdings überzeugt seine Darstellung nicht, da einerseits die von ihm präsentierten Zahlenangaben zu punktuell sind und er andererseits zur Analyse überwiegend Aussagen sächsischer Behörden und Interessenvertreter heranzieht, die – obwohl unverkennbar tendenziös – nur unzureichend mit außersächsischen Quellen abgeglichen werden.

¹²⁰ Von insgesamt 383 Betrieben mit 35 000 Arbeitern sollten nach einer Entscheidung von Anfang 1917 170 Betriebe mit 22 000 Arbeitern weiterarbeiten. Die Verteilung der Betriebe auf die Bundesstaaten war folgendermaßen (vor/nach der Zusammenlegung): Sachsen 39 %/19 %, Preußen 11 %/16 %, Bayern 2 %/3 %, Württemberg 43 %/59 %, Baden 5 %/3 %; vgl. SächsHStA Dresden, MdI 7502, Bl. 16 f. – General Groener, Chef des Kriegsamtes, bemerkte allerdings in einem privaten Gespräch, bei diesem Übereinkommen hätte sich der Kriegsausschuß der deutschen Industrie insbesondere zuungunsten der kleineren Textilbetriebe *etwas verhauen*; vgl. dazu FELDMAN, Armee, Industrie und Arbeiterschaft (wie Anm. 2), S. 226.

besetzt¹²¹ und nicht anpassungsfähig genug, um in seiner Gesamtheit auf Nachfrageänderungen zügig zu reagieren. Verschärfend trat hinzu, daß neben der industriell betriebenen Textilproduktion ein starkes Heimgewerbe existierte. Am offenkundigsten wird die mangelnde Flexibilität durch den 1913 einsetzenden Rückgang der Arbeiter- und Betriebszahl belegt, der als Folge des überraschenden Modewechsels von 1912 und der Balkankrise von 1912/13 zu interpretieren ist.¹²² Wie skeptisch schon 1913 die Textilfabrikanten die Lage einschätzten, zeigen Äußerungen mehrerer Betriebsinhaber aus der Kreishauptmannschaft Zwickau: Sie beabsichtigten nicht etwa deshalb die Liquidation ihrer Unternehmungen, weil sie zahlungsunfähig waren, sondern weil sie der Branche kaum noch Zukunftsaussichten einräumten.¹²³

Für den überproportional hohen Rückgang der Beschäftigtenzahl zeichnete allerdings die Textilindustrie nicht allein verantwortlich, sondern als zweiter Grundpfeiler der sächsischen Industrie auch der Maschinenbau.¹²⁴ Während im interregionalen Vergleich die übrigen kriegswichtigen Branchen Sachsens im Trend lagen, blieb die Entwicklung im Maschinenbau merklich zurück. Abweichend von der in weiten Teilen des Kaiserreichs zu beobachtenden Tendenz fungierte die sächsische Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate nur bedingt als ‚Auffangbecken‘ für die freigesetzten Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter.¹²⁵ Betrachtet man die Situation zweier grundverschiedener außersächsischer Regionen, wo die Arbeitsplatzverluste der Textilbranche denen in Sachsen ähnelten, aber diese Einbußen durch einen entsprechenden Zuwachs vor allem im Maschinenbau kompensiert wurden, lassen sich wesentliche Faktoren ausmachen, die offenbar für die divergierende Entwicklung verantwortlich waren: Sowohl im eher agrarischen Königreich Bayern als auch im schwerindustriellen preußischen Regierungsbezirk Düsseldorf¹²⁶ war es jeweils nur ein Kern von sehr wenigen

¹²¹ 1913 arbeiteten rund 9 % aller preußischen Industriearbeiter im Textilgewerbe, in Sachsen demgegenüber fast 30 %; vgl. SJDR 36, S. 74 ff. – Zum Ausbildungsniveau der Textilarbeiter vgl. exemplarisch die Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten (wie Anm. 78), S. 3.304.

¹²² Vgl. Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten (wie Anm. 78), u. a. S. 3.20, 3.306 f., 3.323 f.

¹²³ Vgl. SächsHStA Dresden, MdI 7007, Bl. 110 f.

¹²⁴ Beide Gewerbegruppen zusammen beschäftigten 1913 rund 47 % der sächsischen Fabrikarbeiter. Der Anteil der Textilindustrie am Nettorückgang der Arbeiterzahlen zwischen 1913 und 1918 betrug 81 % (145 465 von 180 355 weggefallenen Industriearbeitsplätzen), am Bruttoreückgang 58 % (145 465 von 248 728). (Bei der Berechnung des Bruttoreückgangs wurden nur die zehn Branchen berücksichtigt, die 1918 weniger Personen beschäftigten als 1913. Die Ermittlung des Nettorückgangs hingegen basiert auf der Subtraktion der Beschäftigtenzahl des Jahres 1918 von der des Jahres 1914.)

¹²⁵ Zur Abwanderung der Textilarbeiter in die Rüstungsbetriebe vor allem des Maschinenbaus vgl. Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten (wie Anm. 78), S. 3.39, 3.215, 3.228, 3.317.

¹²⁶ Hinsichtlich der Zahl der Fabrikarbeiter waren beide Regionen durchaus vergleichbar. In Bayern arbeiteten 1913 614.648 und 1918 547.307 Menschen in Fabriken, die der

Betrieben, der diesen Prozeß trug.¹²⁷ Die betreffenden Unternehmen zeichneten sich dadurch aus, daß sie stark wuchsen und einen weit überproportionalen Anteil der Arbeiter ihres Gewerbezweigs beschäftigten. Charakteristisch für die Führung dieser Firmen war das relativ früh im Kriegsverlauf erfolgende Ein- bzw. Umstellen der Produktion auf den Heeresbedarf. Im Unterschied zu Betrieben, die wegen der Spekulation auf einen kurzen Krieg mit einer in der Regel teuren Konversion ihrer Produktion zögerten, hatten sie somit beizeiten quasi ‚den Fuß in der Tür‘ der Beschaffungsstellen. Um jenen Nukleus von Schrittmacherbetrieben gruppierte sich zudem ein Ring kleinerer, nicht selten gleichfalls allmählich expandierender Zulieferbetriebe.¹²⁸ Für das Königreich Sachsen finden sich nur wenige Hinweise auf derartige Systeme,¹²⁹ stattdessen aber reichlich Beschwerden über die Abhängigkeit sächsischer Betriebe von Zwischenhändlern und preußischen Unternehmen, welche die Fertigung eines Teils ihrer Heeresaufträge zu schlechten Konditionen nach Sachsen vergeben hätten.¹³⁰

Der immer wieder in jenem Zusammenhang auftauchende Einwand, in Sachsen habe vor dem Krieg kaum Rüstungsindustrie bestanden, die als Kristallisationspunkt eines solchen Prozesses hätte fungieren können, mag wohl mit Blick auf Preußen berechtigt sein. Er entkräftet sich allerdings, sobald man Bayern und Württemberg in die Betrachtung einbezieht. Denn die dortigen Maschinenfabrikanten standen vor demselben Problem wie ihre sächsischen Branchenkollegen. Auch sie produzierten bis 1914 nur in geringem Umfang militärisches Großgerät. Mit dem Krieg änderte sich dies zwar. Doch legen die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten den Schluß nahe, daß der Arbeitskräftezuwachs im süddeutschen Maschinenbau viel stärker mit der Erzeugung von Kleingerät, Handwaffen, Munition und persönlicher Ausrüstung zusammenhing. Das waren Güter, auf deren Produktion sich ein nicht unbedeutender Teil der sächsischen Industrie gleichfalls hatte umstellen können: Es gibt zahlreiche Beispiele aus Sachsen für den Bau neuer Siemens-Martin-Öfen zur Stahlerzeugung und für die Einrichtung von

Gewerbeaufsicht unterstanden; im Düsseldorfer Bezirk waren es 1913 556.399 Personen und 1918 619.112. Hier betrug zwischen 1913 und 1918 der Rückgang der Beschäftigung im Textilgewerbe 65 %, die Zunahme der Arbeiterzahl im Maschinenbau 126 %; vgl. dazu Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten (wie Anm. 78), S. 1.950 f.

¹²⁷ Vgl. Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten (wie Anm. 78), u. a. S. 1.952, 2.82, 2.234, 2.265.

¹²⁸ Vgl. Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten (wie Anm. 78), S. 1.69 f., 1.957, 2.84, 2.215 f.

¹²⁹ Für eine Ausnahme vgl. Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten (wie Anm. 78), S. 3.128.

¹³⁰ Vgl. Denkschrift „Kriegsgesellschaften und Sächsische Industrie“ (wie Anm. 118), S. 25; MÄRZ, Sächsische Industrie (wie Anm. 1), S. 218, 224. März räumte zwar ein, daß *die Industrie Sachsens nicht in dem Umfang auf den Krieg eingestellt war, wie dies eigentlich hätte geschehen können, wenn man ihre Produktionskraft von Anfang an richtig ausgenützt hätte*. Die Verantwortung dafür sah er jedoch hauptsächlich bei den zuständigen Reichszentralbehörden (vgl. ebd., S. 227).

Stätten zur Waffen-, Munitions- und Zünderherstellung. In Chemnitz zum Beispiel produzierten die Zimmermannwerke 1918 neben ihren stark nachgefragten Werkzeugmaschinen monatlich noch 100 Minenwerfer, während ein Dresdner Maschinenbauunternehmen sogar in eine kostenintensive Geschützbohrerei investierte. Mehrere Textilfabriken widmeten sich der verhältnismäßig lukrativen ‚Ausweichproduktion‘ des Geschößdrehens. Eine exportorientierte Lampenfabrik stellte auf die Erzeugung von Feldflaschen, Helmbeschlägen, Gasschutzmasken sowie Zünderkörpern um und mußte ihren Betrieb wegen der großen Nachfrage zwischen 1914 und 1918 gleich mehrere Male durch größere Neubauten erweitern.¹³¹ Am deutlichsten zutage trat indessen *der Aufschwung [...] bei der Herstellung von Pressluftanlagen [...], in der Herstellung von Einrichtungen zur Papiergarnerzeugung und Verarbeitung im Kraftwagen- und Flugzeugbau.*¹³² Als weiteres Indiz dafür, daß den sächsischen Maschinenbauern die Umstellung auf die Kriegsproduktion nicht schwerer gefallen war als den süddeutschen, kann die Betriebsstatistik dienen. Denn in Sachsen lag der Rückgang der Betriebszahl (- 8 %) sogar leicht unter den Werten Bayerns (- 8,3 %) und Württembergs (- 8,2 %).

Wenn nun aber der Betriebsbestand dieser Branche im Königreich Sachsen nicht stärker unter der Kriegswirtschaft litt¹³³ als der im Süden des Deutschen Reichs, dann stellt sich angesichts einer hohen Auslastung des sächsischen Maschinenbaus die Frage, warum an Elbe und Mulde die Zahl der Beschäftigten proportional erheblich schwächer zunahm. Hierfür bieten sich fünf, einzeln oder kombiniert zu betrachtende Erklärungen an, die wegen des Fehlens komparativer Studien allerdings nur den Anspruch von Hypothesen erheben können.¹³⁴

Erstens ist ein höherer Automatisierungsgrad des sächsischen Maschinenbaus denkbar, der zu einem geringeren Bedarf an Arbeitern führte. Als Begründung für diese Annahme können angeführt werden: a. Sachsens relative Stärke bei der Herstellung kriegswichtiger Werkzeugmaschinen; b. die regelmäßigen Hinweise der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten auf den Ersatz menschlicher durch maschinelle Arbeitskraft, die sich in ihren Berichten häufiger finden als in den Berichten ihrer süddeutschen Kollegen.

Eine zweite Ursache dürfte im Mangel an Facharbeitern zu suchen sein, die als Multiplikator für die Schaffung weiterer Arbeitsplätze hätten fungieren können. Dafür spräche eine anscheinend starke Abwanderung von Fachkräften in das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet und den Großraum Berlin, wo die

¹³¹ Vgl. SächsHStA Dresden, KA(P) 24175, Bl. 19; Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten (wie Anm. 78), S. 3.126, 3.162, 3.212, 3.307.

¹³² Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten (wie Anm. 78), S. 3.17.

¹³³ Es sei nochmals betont, daß die Branche bereits seit 1913 reichsweit unter einer Konjunkturschwäche litt und möglicherweise ohne die Nachfragebelebung durch den Krieg eine längere Rezession erlebt hätte.

¹³⁴ Die unzureichende eigene Rohstoffbasis scheidet als Erklärung aus, wenn man beachtet, daß Württemberg über so gut wie keine Rohstofflagerstätten verfügte und in Bayern zwar mehr Eisenerz, aber weit weniger Kohle gefördert wurde als in Sachsen.

Rüstungsfirmen höhere Löhne zahlten. Der Umfang der Facharbeitermigration ist jedoch nicht quantifizierbar und läßt sich nur über die Reaktionen der Regierung in Dresden, des Verbands Sächsischer Industrieller und der bei der Arbeitskräftebewirtschaftung maßgebenden stellvertretenden Generalkommandos XII bzw. XIX erschließen.

Drittens sollten die Konsequenzen aus dem vergleichsweise passiven Agieren der sächsischen Regierung nicht unterschätzt werden. Weder der Regierungschef, Innenminister Graf Vitzthum von Eckstädt, noch der Kriegsminister, General von Wilsdorf, traten gegenüber der zivilen und militärischen Reichsleitung auf wirtschaftspolitischem Gebiet mit angemessener Eigeninitiative und Bestimmtheit auf.¹³⁵ Symptomatisch ist eine Äußerung von Dr. Koch, Abteilungsleiter im Ministerium des Innern und in den letzten Kriegswochen Innenminister der Wettinermönarchie: Anfang Juli 1916 berichtete er Graf Vitzthum, in der Reichshauptstadt wäre ihm als Reaktion auf das Fehlen eines sächsischen Vertreters im Kriegsernährungsamt *geradezu gesagt worden, daß dadurch die Stellung Sachsens geschwächt wird*.¹³⁶ Analog verhält es sich mit dem Entschluß des Kriegsministeriums, einen Reserveoffizier als sächsischen Bevollmächtigten bei der Ausgleichsstelle der Bundesstaaten für Heereslieferungen auszuwählen, der im Zivilberuf als Kunstgeschichtsprofessor tätig war. Wenngleich sich diese Entscheidung keineswegs so negativ auswirkte,¹³⁷ wie von Dr. März geschildert,¹³⁸ handelte es sich bei ihr um eine weder glückliche noch zweckmäßige Lösung. In den Kontext der Initiativschwäche gehört zudem eine fehlende innersächsische Koordination der mit kriegswirtschaftlichen und Beschaffungsaufgaben befaßten staatlichen Organe, die stark mit der in Württemberg oder Bayern geübten Verfahrensweise kontrastierte. Dabei ist der sächsischen Führung allerdings zugute zu halten, daß sie nicht auf so weitreichende Reservatrechte zurückgreifen konnte wie die süddeutschen Regierungen.

Als vierte mögliche Ursache muß man die Behandlung der Arbeitskräftefrage durch die stellvertretenden Generalkommandos in Dresden und Leipzig anführen. Die Funktion der obersten Rekrutierungsorgane in der Region ausübend,

¹³⁵ Vgl. KÖTZSCHKE/KRETZSCHMAR, *Sächsische Geschichte* (wie Anm. 5), S. 239; PARK, *Sächsische Kriegsindustrie* (wie Anm. 5), S. 241 f.

¹³⁶ SächsHStA Dresden, MdI 8933, Bl. 5.

¹³⁷ Zur Berücksichtigung Sachsens bei der Zuteilung von Heeresaufträgen siehe oben, S. 304 f.

¹³⁸ Vgl. MÄRZ, *Sächsische Industrie* (wie Anm. 1), S. 219; PARK, *Sächsische Kriegsindustrie* (wie Anm. 5), S. 191. – Die scharfe Reaktion des Verbands Sächsischer Industrieller auf diese Maßnahme war schon deshalb nur bedingt gerechtfertigt, weil er ebenfalls lange Zeit höchstens mittelbar als Wahrer sächsischer Industrieinteressen in Berlin in Erscheinung trat. Obwohl der Verband über eine Geschäftsstelle in Berlin verfügte, hielt der dort residierende Gustav Stresemann noch Ende 1916 ein eigenständiges Auftreten des Verbands Sächsischer Industrieller für unnötig. Denn mit dem Kriegsausschuß der Deutschen Industrie bestände nach seiner Auffassung seit Kriegsbeginn eine Organisation, die diese Funktion miterfüllte; vgl. dazu MERTENS, *Zivil-militärische Zusammenarbeit* (wie Anm. 12), Kap. 2.3.2.2.

bestimmten sie, welcher Sachse an die Front geschickt wurde und welcher den Unternehmen als Arbeiter verblieb. Obwohl die beiden Militärbefehlshaber durchaus die Bedürfnisse der heimischen Industrie im Auge behielten, verloren sie dabei nicht ihre Verantwortung gegenüber dem Reich und seiner Kriegführung aus dem Blick, die aus ihrer Immediatstellung zum Kaiser resultierte. Verstärkt wurde diese aus der Perspektive der sächsischen Wirtschaft eher skeptisch zu bewertende ‚Neutralität‘ noch dadurch, daß die stellvertretenden kommandierenden Generale von Broizem und von Schweinitz nicht derart uneingeschränkt industriefreundlich agierten wie beispielsweise General von Gayl im westfälischen Korpsbezirk.

Daran anschließend ist – fünftens – auf mögliche Schwierigkeiten bei der Ersetzung der männlichen durch weibliche Arbeitskräfte hinzuweisen. Weil Heer und Marine große Teile der männlichen Belegschaft einzogen, übernahmen Frauen in den Fabriken immer mehr ursprünglich nur von Männern ausgeübte Tätigkeiten: 1913 waren 34,7 % der sächsischen Fabrikarbeiter Frauen und Mädchen, 1918 hingegen 49,5 %. Damit lag Sachsen weit über den Werten Preußens, Bayerns und Württembergs, wo die Gewerbeaufsicht für die Vorkriegszeit jeweils einen Frauenanteil von unter 30 % und für 1918 Werte zwischen 37 % und 40 % meldete. Allerdings verzeichneten die Industrien der drei anderen Staaten erheblich höhere Zuwächse. Während in Sachsen die Zahl der Arbeiterinnen von 283 000 auf rund 315 000 zulegte, d. h. um 10 %, belief sich der Anstieg in Württemberg auf 20 % (+ 16 000), in Bayern auf über 50 % (+ 67 000) und in Preußen auf mehr als 60 % (+ 500 000). Den Hintergrund der verhältnismäßig schwachen Mobilisierung zusätzlicher weiblicher Arbeitskraft könnte die bereits zu Friedenszeiten hohe Ausschöpfung des Mengenpotentials dieser Arbeiterkategorie bilden: Betrug nämlich etwa in Preußen der Anteil der Fabrikarbeiterinnen an der weiblichen Bevölkerung 1913 kaum 4 % und 1918 nur wenig mehr als 6 %, waren es in Sachsen über 11 % bzw. fast 13 %. Berücksichtigt man zudem die prinzipiellen, hauptsächlich familiären Hindernisse, die unter den Kriegsbedingungen der außerhäuslichen Frauenarbeit entgegenstanden,¹³⁹ so erscheint es denkbar, daß im Verlauf des Kriegs ein Grenzwert erreicht wurde, über den hinaus eine weitere Mobilisierung mit den Mitteln der sächsischen Industrie nicht mehr angemessen realisierbar war.¹⁴⁰

Bezüglich der Situation des sekundären Wirtschaftssektors bleibt festzuhalten, daß für die relativ ungünstige Entwicklung der Arbeiterzahlen ein Bündel von Ursachen verantwortlich war. Zwar lenkt der naheliegende Vergleich mit dem großen Nachbarn Preußen den Blick zuerst auf die Schwäche der sächsischen Schwer- bzw. Produktionsgüterindustrie und den Mangel an Rohstoffquellen,

¹³⁹ Vgl. dazu UTE DANIEL, Fiktionen, Friktionen und Fakten – Frauenlohnarbeit im Ersten Weltkrieg, in: Michalka, Der Erste Weltkrieg (wie Anm. 2), S. 530–562, bes. S. 545 f.

¹⁴⁰ Zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit durch die sächsischen Militärbefehlshaber vgl. MERTENS, Zivil-militärische Zusammenarbeit (wie Anm. 12), Kap. 6.1.4.4.

doch offenbart der zusätzliche Vergleich mit Bayern und Württemberg, daß eine hierauf fokussierte Deutung zu kurz greift. Angesichts der unzureichenden Vorbereitung der gesamten deutschen Volkswirtschaft ist auch die Erklärung unbefriedigend, Sachsens Industrie sei 1914 nicht auf die Bedürfnisse der Kriegführung eingestellt gewesen. Schlüssiger erscheint vielmehr, die Ursachen nicht nur in den diversen strukturellen (Vor-)Belastungen zu suchen, sondern auch in der Zögerlichkeit der sächsischen Politik bzw. Wirtschaftsführung und in der nur mäßigen Zugkraft des eigentlich als modern und innovativ geltenden Maschinenbaus.

Wie sich andererseits unter Nutzung der Kriegskonjunktur auch ein sächsischer Gewerbezweig gegenüber den preußischen und süddeutschen Wettbewerbern durchzusetzen vermochte, zeigt die Papierindustrie. Sie profitierte vom Wandel des Kriegs zu einem Kommunikationsereignis und vom steigenden Bedarf an Papiergarn. In gewissem Maße fungierte die Papierindustrie wegen ihrer über Sachsen hinausreichenden starken Position in Deutschland sogar als Förderer der heimischen Textilbranche. Denn als eine der wenigen textilgewerblichen Teilbranchen schnitt die sächsische Papiergarnspinnerei und -weberei offenbar bei der Stilllegung von Betrieben besser ab als die Konkurrenz. Was diese freilich nicht ohne weiteres akzeptierte: Während einer Sitzung des Ständigen Ausschusses für Zusammenlegungen im Juni 1917 verwies nämlich ein Herr Engelhard, Unternehmer aus dem badischen Mannheim, *auf die bei der Auswahl von Höchstleistungsbetrieben beobachtete ganz besondere Bevorzugung Sachsens*.¹⁴¹

V. Der tertiäre Sektor

Im Gegensatz zum sekundären Sektor ist der Einfluß des Ersten Weltkriegs auf den tertiären Sektor kaum quantifizierbar, da systematische Untersuchungen bisher fehlen und die statistischen Jahrbücher für das Königreich Sachsen nur wenig Informationen über den Handel, das Bank- und das Verkehrswesen bereithalten.¹⁴² Immerhin lassen aber die verfügbaren, überwiegend qualitativen Quellen einige Tendenzen erkennen.

¹⁴¹ SächsHStA Dresden, MdI 7502, Bl. 88.

¹⁴² Die gewerbliche Betriebszählung für 1917, die in erhebungstechnischer Hinsicht freilich mangelhaft war, weist gegenüber der Zählung von 1907 für die Gewerbeabteilung C (Handel und Verkehr ohne Schaustellungsgewerbe) einen Rückgang der Betriebszahl von 126 650 auf 72 407 (- 43 %) und der Beschäftigtenzahl von 287 336 auf 212 699 (- 26 %) aus. Das im Vergleich zur Abnahme der Betriebszahl geringere Sinken der Zahl der Beschäftigten deutet an, daß im tertiären Sektor ähnlich wie im sekundären Sektor während des Kriegs hauptsächlich die kleinen Betriebe geschlossen oder aufgegeben wurden; vgl. dazu ZSSLA 64/65 (1918/19), S. 352 f.; zur Quellenproblematik vgl. auch KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg (wie Anm. 29), S. 85; MAI, Kriegswirtschaft (wie Anm. 10), S. 93 f.

Handel:

Im 19. Jahrhundert waren es vor allem die wirtschaftsgeographisch zentrale Lage Sachsens in Mitteleuropa,¹⁴³ die spezifische Abhängigkeit der sächsischen Industrie vom Rohstoff- bzw. Halbfabrikatimport und vom Export hochwertiger Fertig- und Halbfertigwaren, die das Bestehen eines überproportional starken Handels- und Verkehrsgewerbes sicherten und förderten: 1907 fanden in Sachsen 14,8 % aller Erwerbstätigen, reichsweit im Durchschnitt dagegen nur 13 von 100 Beschäftigten ihre Arbeit in diesem Wirtschaftszweig.

Wie gering allerdings die ökonomische Autarkie des Königreichs und wie intensiv seine Einbindung in das nationale und internationale Handelssystem waren, zeigt die kontinuierliche Zunahme des Außenhandelsumfangs und des Import-Export-Saldos: In den acht Jahren von 1905 bis 1913 wuchs die Gütermenge, die man über den als Transportmedium dominierenden Schienenweg ausführte, von rund 3,9 Millionen Tonnen auf fast 6,4 Millionen, die eingeführte Menge gar von rund 11 Millionen auf 15,3 Millionen Tonnen.¹⁴⁴ Rund zwei Drittel des Imports und vier Fünftel des Exports wurden mit den anderen Staaten des Deutschen Reichs abgewickelt. Bedeutendste ausländische Handelspartner waren Österreich-Ungarn und Großbritannien. Der Gesamtwert des sächsischen Außenhandels belief sich 1913 auf etwa 2 bis 2,25 Milliarden Mark, erreichte damit also einen Anteil von 9,5 bis 11 % am deutschen Außenhandel.¹⁴⁵

Die wichtigsten Ausfuhr Güter Sachsens waren die Produkte seiner Textil-, Bekleidungs- und Maschinenindustrie sowie verschiedener Luxusindustrien. 1913 beispielsweise wurden Rauch- und Strumpfwaren, Spitzen, Stickereien, Handschuhe, Leinenzeug, Kunstblumen, (Textil-)Maschinen, Porzellan, Perlenartikel und Bücher im Gesamtwert von über 132 Millionen Mark in die USA ausgeführt, die für das Königreich das bedeutendste Exportland außerhalb Europas darstellten. Haupteinfuhr Güter waren Nahrungsmittel, vor allem Getreide und Fleisch, Holz, Eisen sowie Stein- und Braunkohle. Die Steinkohle kam vornehmlich aus Oberschlesien, die Braunkohle aus Böhmen, der Niederlausitz und dem Halle-Merseburger Revier. Weizen wurde vor dem Krieg zu drei Vierteln aus dem Ausland über Hamburg und die Elbe importiert, Roggen und Kartoffeln überwiegend per Bahn aus anderen deutschen Bundesstaaten.¹⁴⁶ Die am 4. August 1914 begonnene englische Seeblockade störte die Grundlagen dieses intensiven Güteraus-tauschs so nachhaltig, daß das sächsische Außenhandelsvolumen auf ein Niveau fiel, das unter dem von 1913 lag.¹⁴⁷

¹⁴³ Vgl. BRAMKE, Sachsens Industrie(gesellschaft) (wie Anm. 7), S. 41.

¹⁴⁴ Berechnet nach SJKS 39, S. 117 f.; SJKS 42, S. 140 f.; SJKS 43, S. 124; SJFS 44, S. 204 f.; SJFS 45, S. 196 f.; SJFS 46, S. 298–301. Angaben jeweils ohne Fertigprodukte.

¹⁴⁵ Vgl. BENNDORF, Weltwirtschaftliche Beziehungen (wie Anm. 31), S. 298–302, 304, 327.

¹⁴⁶ Vgl. SächsHStA Dresden, KA(P) 13140, S. 156; SJKS 42, S. 140 f., 153 f.; BENNDORF, Weltwirtschaftliche Beziehungen (wie Anm. 31), S. 23–27; BRAMKE, Sachsens Industrie (gesellschaft) (wie Anm. 7), S. 48.

¹⁴⁷ Auffallend sind allerdings die vermehrten Getreide- und Lebensmittelimporte und -exporte, die im Saldo auf eine Erhöhung der Einfuhr, besonders in den Jahren 1916 und

Gleichwohl war die Situation des sächsischen Handels, insbesondere die des Einzelhandels, schon vor dem Ersten Weltkrieg problembehaftet. Für 1907 weist die gewerbliche Betriebsstatistik 84 193 Handelshauptbetriebe – von denen rund 90 % nur über ein bis drei Mitarbeiter verfügten – und 192 461 Beschäftigte aus.¹⁴⁸ Mit 116 380 von insgesamt 150 113 hauptberuflich im Handel Erwerbstätigen und einem über dem deutschen Mittelwert liegenden Selbständigenanteil von 41,2 % bildete der Waren- und Produkthandel die personenstärkste Einzelbranche.¹⁴⁹ Verglichen mit der Quote von 1870 verdoppelte sich als Folge dieses für industrie-reiche Regionen charakteristisch starken Expansionsvorgangs die Handelsdichte. Das führte dazu, daß es vor dem Ersten Weltkrieg im Verhältnis zur Einwohnerzahl in Sachsen fast 2,5 mal so viel Händler gab wie im Reichsdurchschnitt.¹⁵⁰

Neben jene interne Konkurrenz trat zunehmend die der Konsumvereine, die zum Beispiel in Dresden einen Anteil von 28 %, in Leipzig sogar von 40 % am Detailhandelsumsatz aufwiesen.¹⁵¹ Im Krieg setzte sich diese für den Einzelhandel prekäre und folglich die traditionellen Spannungen mit den Konsumgenossenschaften verschärfende Tendenz fort. Wie groß der Einzelhandel die Bedrohung durch die Konsumvereine empfand, zeigt eine Eingabe des Kleinhandelsausschusses der Handels- und Gewerbekammer Chemnitz vom März 1918, in der die Kammer gebeten wurde, beim sächsischen Innenminister *ein Verbot der Konsumvereine, insbesondere der Beamtenkonsumvereine zu erwirken*.¹⁵² Obwohl im Unterschied zur Gesamtzahl aller Genossenschaften die Zahl der Konsumvereine seit 1914 rückläufig war, verzeichneten sie nämlich bis zum Kriegsende einen anhaltenden Mitgliederzuwachs: 1910 war etwa jeder fünfte Haushalt Mitglied in einem Konsumverein (was dem höchsten Organisationsgrad im Deutschen Reich entsprach), 1918 annähernd jeder dritte.¹⁵³

1917, hinausliefen, und die Ausweitung des Handels mit Eisen- und Stahlprodukten, die eng mit der Entwicklung der Rüstungsindustrie in Sachsen korreliert haben dürfte.

¹⁴⁸ Vgl. StDR 215, S. 232.

¹⁴⁹ Vgl. StDR 211, S. 116*; zum Vergleich: Berlin 26,8 %.

¹⁵⁰ Vgl. WOLFRAM FISCHER, Deutschland 1850–1914, in: Ders. (Hg.), Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 5: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1985, S. 357–442, hier S. 409; ferner UWE SPIEKERMANN, Basis der Konsumgesellschaft. Entstehung und Entwicklung des Kleinhandels in Deutschland 1850–1914 (Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Bd. 3), München 1999, S. 101 f.

¹⁵¹ Vgl. CHRISTOPH NONN, Soziale Hintergründe des politischen Wandels im Königreich Sachsen vor 1914, in: Lässig/Pohl, Sachsen im Kaiserreich (wie Anm. 17), S. 371–392, hier S. 383, Anm. 40; LANGE, Soziale Gliederung (wie Anm. 101), S. 97, geht davon aus, daß in Sachsen vor dem Krieg dem Kleinhandel mehr als 20 % seiner potentiellen Kunden durch die Konsumvereine entzogen wurden.

¹⁵² SächsHStA Dresden, IHK Chemnitz, Org. d. Kammer Nr. 20, Bl. 43v. Zur Ablehnung der Konsumvereine durch Handwerk und Kleinhandel vgl. auch KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg (wie Anm. 29), S. 93.

¹⁵³ Ermittelt nach SJKS 34, S. 256; SJKS 39, S. 252; SJKS 42, S. 321; SJKS 43, S. 292 f.; SJFS 44, S. 413 f.; SPIEKERMANN, Basis der Konsumgesellschaft (wie Anm. 150), S. 262, kommt auf anderer Quellenbasis für 1910 zu dem Ergebnis, daß sogar jeder vierte Haushalt

Außer der Konkurrenz aus den eigenen Reihen und seitens der Konsumvereine erwachsen dem Einzelhandel im Krieg drei weitere, mitunter existenzbedrohende Herausforderungen: Erstens die permanente Gefahr, das Ziel von Plünderungen zu werden, die in den zahlreichen, nur bedingt berechtigten Vorwürfen aus Konsumentenkreisen gründeten, die Händler würden sich durch Wucherpreise und das spekulative Zurückhalten von Waren bereichern.¹⁵⁴ Zweitens die Benachteiligung bei der Einziehung durch die sächsische Militärbürokratie: Gesuche um die Freistellung vom Wehrdienst, die von Kleinhändlern stammen, wurden von den Ersatzbehörden wesentlich häufiger abgelehnt als Gesuche von größeren (Industrie-)Unternehmen.¹⁵⁵ Das hatte zur Folge, daß vielfach gerade die kleinen Firmen ihren Betrieb nur dann noch aufrechtzuerhalten vermochten, wenn weibliche Familienmitglieder oder ältere, nicht militärtaugliche Mitarbeiter an die Stelle des Inhabers treten konnten. Drittens ist die partielle *Ausschaltung des Handels* durch die stetige *Verstaatlichung des Wirtschaftslebens*¹⁵⁶ zu nennen. Die Behörden erkannten zwar durchaus die daraus resultierende Notlage. Das stellvertretende Generalkommando XIX (Leipzig) als Sachwalter von Ruhe und Ordnung in der Westhälfte Sachsens beispielsweise mahnte im Juni 1917 eine sehr viel stärkere Berücksichtigung gerade der Kleinhändler bei der Verteilung der rationierten Lebensmittel an.¹⁵⁷ Genauso wie sein ostsächsisches Pendant, das in Dresden residierende stellvertretende Generalkommando XII, unternahm es aber nicht viel zur Milderung der Notlage des freien (Einzel-)Handels. Eher das Gegenteil war der Fall. Denn durch einige ihrer Maßnahmen, wie zum Beispiel die Förderung der Sonderversorgung für die Rüstungsarbeiter (verbilligte Abgabe von beim Erzeuger oder Großhändler aufgekauften Lebensmitteln durch einzelne Industriebetriebe) trugen sie bisweilen noch zur Verschärfung der Krise bei, die für die Händler durch die staatlich verordneten Höchstpreise und Ein- bzw. Ausfuhrbeschränkungen sowie die Massenspeisungen entstand.

Vergleichsweise günstig – oder zumindest: weniger ungünstig als im Einzelhandel – scheint sich dagegen die Situation für weite Bereiche des Großhandels und für die Leipziger Messen entwickelt zu haben. Mag man die Behauptung des Vorsitzenden des erweiterten Kleinhandelsausschusses der Handelskammer Chemnitz, Clemen, die den Einzelhändlern angekreidete Preissteigerung sei *mit*

in Sachsen Konsumvereinmitglied war. Ergänzend sei darauf hingewiesen, daß Sachsen als einer der traditionellen Schwerpunkte der Genossenschaftsbewegung im Deutschen Reich galt; vgl. dazu ZEISE/RÜDIGER, Bundesstaat (wie Anm. 15), S. 414.

¹⁵⁴ Vgl. SächsHStA Dresden, KA(P) 12092, Bl. 37v ff.; Mdl 6976, Bl. 213r, 229r; KÖTZSCHKE/KRETZSCHMAR, Sächsische Geschichte (wie Anm. 5), S. 240; vgl. dazu auch GERALD D. FELDMAN, Kriegswirtschaft und Zwangswirtschaft: die Diskreditierung des „Sozialismus“ in Deutschland während des Ersten Weltkriegs, in: Michalka, Der Erste Weltkrieg (wie Anm. 2), S. 456–484, hier S. 464–475.

¹⁵⁵ Vgl. dazu u. a. die Zahlenangaben in SächsHStA Dresden, KA(P) 25229, bes. Bl. 40 ff.

¹⁵⁶ Vgl. KÜLZ, Volkswirtschaft Sachsens (wie Anm. 27), S. 203.

¹⁵⁷ Vgl. SächsHStA Dresden, Mdl 6976, Bl. 37r.

wenig Ausnahmen den grossen Unternehmern an grossen Handelsplätzen zuzuschreiben,¹⁵⁸ noch als die Suche eines Leidtragenden nach einem Sündenbock interpretieren, so gibt es doch in die gleiche Richtung deutende Stellungnahmen, die auf einem sachlichen Fundament ruhen. Zu diesen Fachleuten gehörte der Niedersedlitzer Ingenieur Daube, der als Metallrevisor des Dresdner stellvertretenden Generalkommandos XII während der Dauer des Kriegs regelmäßig Großhandelsunternehmungen kontrollierte und dadurch tiefe Einblicke in deren Buchführung und Geschäftsgebaren erhielt.¹⁵⁹ Daube konstatiert in einem Erfahrungsbericht, daß in der Regel die Großhändler die eigentlichen Preistreiber gewesen wären, die sich der Kleinhändler *als Zuschlepper bedien[t]* hätten. Der Großhandel nutzte seine auf ‚geschickter‘ Lagerhaltung und (überregionalen) Kontakten zu anderen Zwischenhändlern oder zu den Erzeugern basierende Position aber nicht nur gegenüber dem Einzelhandel, sondern auch gegenüber großen Industriebetrieben: *Die Händler halten die angesammelten Metalle zurück, erklären auf Anfrage sogar vielfach, keine Metalle zu haben und wenn sie sich wirklich bereit finden, Metalle zu liefern, so geschieht dies in den meisten Fällen unter so erschwerenden Bedingungen, daß es den Fabrikanten nicht leicht fällt, auf dieselben einzugehen. Die Fabrikanten befinden sich durch das Verhalten der Händler in einer Notlage, die letztere zu ihrem Vorteil sehr wohl auszunutzen verstehen, denn es dürfte wohl niemand geben, der bei Einkäufen gern mehr bezahlt, als ihm gesetzlich vorgeschrieben ist.*¹⁶⁰ Trotz der (Aus-)Nutzung seiner zum Teil monopolartigen Stellung bei der Güterbeschaffung darf indes nicht übersehen werden, daß der Groß- und Zwischenhandel durch die staatlichen Kontrollen und die bereits erwähnten Ein- und Ausfuhrverbote ebenfalls stark in seinem Handlungsspielraum eingengt wurde.

Derweil unternahm die Leipziger Messe mitten im Krieg einen bedeutenden innovatorischen Schritt. Obwohl die Stadt bereits kurz vor der Jahrhundertwende mit dem Übergang von der Waren- zur Mustermesse ein zukunftsträchtiges Konzept vorweisen konnte, das in einem zügigen Anwachsen der Aussteller- und Besucherzahl und dem Rückgang des Anteils der Konsum- zugunsten der Produktionsgüter von 73 % (1880) auf 52 % (1913) zum Ausdruck kam, erfolgte der eigentliche Durchbruch erst 1916 durch die Umstrukturierung zur selbstverwalteten Messe.¹⁶¹ Während noch die Herbstmesse 1914 zu einem Fehlschlag geriet,

¹⁵⁸ Vgl. SächsHStA Dresden, IHK Chemnitz, Berichte, Nr. 11, 58/16, Bl. o. S. (Sitzung des erweiterten Kleinhandelsausschusses der Handelskammer Chemnitz am 20. 8. 1915); ferner vgl. ebd., Org. d. Kammer, Nr. 20, Bl. 42v.

¹⁵⁹ Zu Daubes Tätigkeit vgl. MERTENS, Zivil-militärische Zusammenarbeit (wie Anm. 12), Kap. 6.2.2.

¹⁶⁰ SächsHStA Dresden, KA(P) 10009, o. S.; vgl. ebd. ähnlich lautende Berichte weiterer Revisoren.

¹⁶¹ Vgl. JOCHEN GEYER, Die selbstverwaltete Messe. Der Messestandort Leipzig zwischen 1916 und 1945, in: Hartmut Zwahr/Thomas Topfstedt/Günter Bentele (Hg.), Leipzigs Messen 1497–1997. Gestaltwandel – Umbrüche – Neubeginn, Teilbd. 2: 1914–1997

konnte das ortsansässige stellvertretende Generalkommando XIX für die Messe im Herbst 1917 feststellen, daß *der Besuch der Messe größer war als je zuvor selbst in Friedenszeiten* und sich – nicht zuletzt inflationsbedingt – *die erzielten Umsätze in ungewöhnlich hohen Zahlen bewegten*¹⁶². Nahmen an der 1914 stattfindenden Frühjahrsmesse 4 253 Aussteller und rund 20 000 Besucher teil, davon 15 774 aus dem Inland, so waren es bei der Frühjahrsmesse 1918 zwar nur 3 681 Aussteller, dafür aber fast 75 000 Besucher (aus dem Inland: 71 328). Die letzte Kriegsmesse im Herbst 1918 erlebte sogar die Beteiligung von 5 476 Ausstellern und einen Zustrom von annähernd 100 000 Besuchern (aus dem Inland: 93 570).¹⁶³

Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften:

Da die Mehrzahl der Banken Sachsens lokal oder regional operierte, war ihre Fähigkeit als Kapitalgeber für die Industrie begrenzt. Lediglich die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt (ADCA) mit Sitz in Leipzig verfügte über das Potential für größere Kredite und Beteiligungen. Das bedeutendste Kreditinstitut sächsischen Ursprungs war (und ist) jedoch die Dresdner Bank, die 1872 mit der Zielsetzung gegründet wurde, vor allem der regionalen Kapitalnachfrage zu entsprechen. Allerdings verstand sich die Dresdner Bank eher als Handels- denn als Industriebank. Seit der Eröffnung einer Filiale in Berlin 1881 verlagerte sich ihr Hauptgeschäft sukzessive aus Sachsen heraus, ohne daß sie dabei aber ihre Kernkompetenz – das Kreditgeschäft mit dem Mittelstand – vernachlässigte.¹⁶⁴ Mit Sitz in Dresden und Berlin verfügte sie bis 1917 über eine relativ starke Position in Sachsen, wo sie mit immerhin noch 8 von insgesamt 53 Filialen genauso viele Niederlassungen unterhielt wie die drei anderen Berliner Großbanken zusammen.¹⁶⁵

Am Beispiel der Dresdner Bank lassen sich einige Auswirkungen des Kriegs auf größere privatwirtschaftliche Unternehmungen auch in Sachsen verdeutlichen. Die Bank finanzierte in erster Linie Außenhandelsgeschäfte vor. Kriegsbedingte Zahlungsausfälle aus solchen Kontrakten und der Verlust ihrer Niederlassung in London führten deshalb 1914 zu einem Rückgang des Jahresreinertrags im Vergleich zu 1913. Durch die steigende Zinsspanne, das Ausweichen auf neutrale Märkte und die Beteiligung an der Kriegsfinanzierung gelang es der Dresdner

(Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 9/2), Köln/Weimar/Wien 1999, S. 451–470, hier S. 451–454; STAUDE, Sachsen im preußisch-deutschen Reich (wie Anm. 20), S. 124 f.; ZEISE/RÜDIGER, Bundesstaat (wie Anm. 15), S. 407; HENNING, Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte (wie Anm. 42), S. 1013.

¹⁶² SächsHStA Dresden, Mdl 6976, Bl. 106.

¹⁶³ Vgl. SJFS 46, S. 309.

¹⁶⁴ Vgl. HARALD WIXFORTH, Bank für Sachsen oder Bank für das Reich? Zur Geschichte der Dresdner Bank von 1872–1914, in: Lässig/Pohl, Sachsen im Kaiserreich (wie Anm. 17), S. 309–342, hier S. 322, 326 ff., 330, 338, 341 f.; KARL BÄHR, Die wirtschaftliche Entwicklung der ehemaligen Dresdner Bank im Spiegel ihrer Bilanzen, Mannheim 1951, S. 44.

¹⁶⁵ Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, Darmstädter Bank; vgl. ARNOLD FENDLER, Zur Kapitalkonzentration der Berliner Großbanken von 1914–1923, Berlin 1926, S. 78 f., 85 ff., 97.

Bank jedoch schon 1916, die Vorkriegsergebnisse nominal deutlich zu übertreffen. Der Schwerpunkt des Aktivgeschäfts der Bank lag nach wie vor auf dem Kontokorrentkredit. Seit 1914 ging aber sein Anteil zugunsten von Krediten an Städte, Kommunal- und Staatsverbände, Anleihezeichnungen und Kriegslieferungen von durchschnittlich 40 % bis 50 % des Gesamtvermögens auf unter 23 % zurück.¹⁶⁶ Der Krieg machte sich ferner in erhöhten Personalausgaben bemerkbar, die sich aus teuerungsbedingten Gehaltserhöhungen, Kriegsbeihilfen und Gratifikationen für eingezogene Angestellte (1915 bis 1917: 13,3 Millionen Mark) und den Gehältern der als Ersatz für das wehrdienstleistende Personal eingestellten Hilfskräfte ergaben.¹⁶⁷

Anders als die Mehrzahl der Privatbanken und die wenigen Aktienbanken spielten in Sachsen Sparkassen und gewerbliche Kreditgenossenschaften eine bedeutende Rolle. Während im übrigen Reich nur jeder dritte Einwohner über ein Sparbuch verfügte, waren es hier zwei von dreien (1910).¹⁶⁸ Zudem war in Sachsens „Banken der ‚kleinen Leute‘“¹⁶⁹ 1914 fast ein Zehntel aller deutschen Sparkasseneinlagen deponiert.¹⁷⁰ Gelang es den Sparkassen in einer seit der Reichsgründung rasanten Entwicklung, beinahe flächendeckend präsent zu sein – 1913 hatten 435 Gemeinden zumindest eine Sparkassenannahmestelle¹⁷¹ –, so konnten sie ihre Position während des Ersten Weltkriegs festigen, in einigen Bereichen sogar noch ausbauen: In den viereinhalb Kriegsjahren wuchsen die Guthabensumme und die Einlegerzahl beinahe im selben Umfang wie zwischen 1905 und 1914, während die Durchschnittsguthaben je Einwohner im Kriegsverlauf deutlich stärker zulegten als im Vorkriegsjahrzehnt.¹⁷² Mit Blick auf die Sparenden sollte dieses Wachstum aber nicht überbewertet werden, da es wohl überwiegend die Folge „erschwerter Umsetzbarkeit des Geldes“¹⁷³ wegen eines stark verringerten Warenangebots war und darüber hinaus die Steigerung des Pro-Kopfguthabens von 408 auf 564 Mark (1905: 297 Mark) fühlbar hinter der Geldentwertung zurückblieb.

¹⁶⁶ BÄHR, *Dresdner Bank* (wie Anm. 164), S. 45 ff., 55, 83, 87.

¹⁶⁷ BÄHR, *Dresdner Bank* (wie Anm. 164), S. 61, 91; außerdem kommt im Anstieg der Personalkosten die 1917 erfolgte Fusion mit der Rheinisch-Westfälischen Disconto-Gesellschaft zum Ausdruck, mit der die Dresdner Bank das Fundament für den Ausbau ihrer Aktivitäten im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet legen wollte; vgl. FENDLER, *Kapitalkonzentration* (wie Anm. 165), S. 24 f.

¹⁶⁸ 1913 gab es in Sachsen rund 3,4 Millionen Sparkassenkonten, im gesamten Deutschen Reich etwa 23,9 Millionen; vgl. dazu SJDR 36, S. 300 f. Das Durchschnittsguthaben auf einem sächsischen Sparbuch lag allerdings um fast 300 Mark unter dem Reichsschnitt.

¹⁶⁹ NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1866–1918* (wie Anm. 21), S. 267.

¹⁷⁰ Ermittelt nach StDR 37, S. 58 f.; bis 1917 schrumpfte dieser Anteil auf rund 8,5 %, vgl. StDR 40, S. 176 f.

¹⁷¹ Vgl. SJKS 42, S. 192 ff., Tab. H und K.

¹⁷² Gesamthöhe der Guthaben: 1905: 1,33 Mrd. Mark; 1914: 2,03 Mrd. Mark; 1918: 2,68 Mrd. Mark. – Zahl der Einleger: 1905: 2.753.511; 1914: 3.496.430; 1918: 4.119.687. Ermittelt und berechnet nach SJFS 46, S. 332.

¹⁷³ KOCKA, *Klassengesellschaft im Krieg* (wie Anm. 29), S. 158, Anm. 58.

Später als die Sparkassen, dafür umso dynamischer, entwickelten sich die gewerblichen Kreditgenossenschaften. Sie übernahmen die Aufgabe, für den gewerblichen Mittelstand die finanziellen Mittel bereitzustellen. Verloren Mitgliederwachstum und Reingewinnsteigerung seit Kriegsbeginn etwas an Schwung, so durchlief bei in etwa konstant bleibender Zahl der berichtenden Kreditgenossenschaften die Höhe der Spareinlagen eine zunächst den Trend fortsetzende, ihn 1917 und 1918 jeweils aber deutlich übertreffende Zunahme.¹⁷⁴ Damit dürfte die von Jürgen Kocka für ganz Deutschland gemachte Feststellung, „gewerbliche Genossenschaften hätten so viel Geld angehäuft, daß sie nicht mehr wüßten, wo sie es anlegen sollten“¹⁷⁵, durchaus auch für das Königreich Sachsen zutreffen.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß – abgesehen von der personellen Schwächung durch zahlreiche Einziehungen zum Militärdienst – das sächsische Bank- und Kreditwesen in seiner Mehrheit den Krieg gut überstanden und teilweise sogar von ihm profitiert hat. Eher ambivalent entwickelten sich unterdessen die Verhältnisse auf dem Verkehrssektor.

Verkehr:

Untrennbar mit Sachsens industriellem Aufstieg im 19. Jahrhundert war die Entwicklung seines Verkehrs verbunden. Der gründliche Ausbau der Infrastruktur sorgte dafür, daß das Königreich am Vorabend des Ersten Weltkriegs über ein „modernes gut funktionierendes Verkehrssystem“¹⁷⁶ verfügte. Dabei spielte das Auto selbstverständlich eine erst marginale Rolle, obschon Sachsen Anfang 1914 bezogen auf seine Einwohnerzahl die zweithöchste Kraftfahrzeugquote aller deutschen Flächenstaaten aufwies.¹⁷⁷ Innerstädtisch oder über kurze Distanzen wurde der Personen- und Gütertransport überwiegend durch das Pferd, in einigen Orten auch durch die Straßenbahn geleistet. Seit 1895 vergrößerte sich der relative Anteil der im Verkehrsgewerbe Erwerbstätigen um 37 % (Reich: 21 %), so daß 1907 29 226 Personen in 6 129 Verkehrshaupt- und 1 474 Verkehrsnebenbetrieben arbeiteten.¹⁷⁸ Davon waren 94,6 % Kleinbetriebe, zum Beispiel Fuhrunternehmen, mit maximal zehn Mitarbeitern.

Dominiert wurde der Verkehr von der Eisenbahn, deren Netz so gut ausgebaut war, daß man, *selbst von den kleinsten* [Garnisonen] *in einer Eisenbahnstunde in*

¹⁷⁴ Zahl der berichtenden Kreditgenossenschaften: 1905: 1; 1914: 30; 1917: 34; 1918: 35. – Mitglieder: 1905: 106; 1914: 4.883; 1917: 5.578; 1918: 6.019. – Reingewinn (in Mark): 1905: 1.841; 1914: 211.181; 1917: 255.933; 1918: 314.068. – Spareinlagen (in Mark): 1905: 34.861; 1914: 3.656.183; 1917: 11.733.902; 1918: 17.833.308. Ermittelt und berechnet nach SJFS 44, S. 414; SJFS 46, S. 448, Tab. 2.

¹⁷⁵ KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg (wie Anm. 29), S. 88.

¹⁷⁶ KARL CZOK, Städte und Verkehr in Sachsen im 19. Jahrhundert, in: Horst Matzerath (Hg.), Stadt und Verkehr im Industriezeitalter (Städteforschung, Reihe A, Bd. 41), Köln/Weimar/Wien 1996, S. 63–77, hier S. 77.

¹⁷⁷ Ermittelt nach SJDR 36, S. 144.

¹⁷⁸ Berechnet nach StDR 215, S. 164; ohne Erwerbstätige im Post- und Eisenbahnbetrieb.

der nächsten Großstadt¹⁷⁹ war. Das Güterverkehrsaufkommen in den sächsischen Verkehrsbezirken übertraf 1913 absolut wie relativ jeweils das in den Königreichen Bayern und Württemberg, fiel aber deutlich geringer aus als im Rheinisch-Westfälischen und Oberschlesischen Industriegebiet.¹⁸⁰ Obwohl für die Massengüterbeförderung weiterhin billiger, erreichte die Schifffahrt, abgesehen vom (Tal-)Verkehr auf der Elbe, nicht die Bedeutung der Eisenbahn, da es ihr an leistungsfähigen Ost-West-Verbindungen fehlte und Transporte innerhalb Sachsens auf dem Schienenweg einfacher zu bewerkstelligen waren.¹⁸¹

Wie der Güterverkehr weitete sich auch der Personenverkehr der Sächsischen Staatseisenbahnen stark aus. Die relativ geringen Distanzen zwischen den einzelnen Städten des Landes, die gute Anbindung der meisten Landgemeinden an die Industrieorte und niedrige Fahrpreise begünstigten ein ausgeprägtes, vor dem Ersten Weltkrieg stetig sich vergrößerndes Berufspendlertum.¹⁸² Die in den ersten beiden Kriegsjahren rückläufige Entwicklung der Transportleistung (beförderte Personen 1913: 127 Millionen; 1914: 108 Millionen; 1915: 105 Millionen) dürfte mehrere Ursachen haben: Eine verstärkte Nutzung der Bahnen für militärische Transporte, den Rückgang der Beschäftigung, die Abnahme des Im- und Exports und den Ausfall einer großen Zahl potentieller Fahrgäste – sei es wegen der Grenzsperrung zu Österreich-Ungarn oder weil im großen Umfang Arbeiter, die zuvor als Pendler Stammkunden in der IV. Wagenklasse waren, zum Militärdienst eingezogen wurden.

Die zunehmende Zahl der mit Militärfahrkarten Reisenden (1913: 1,3 Millionen; 1914: 3,5; 1915: 10,2; 1916: 12,8; 1918: 14,6 Millionen) kompensierte zunächst weder den Fahrgastausfall noch reicht sie aus, um den erheblichen Wiederanstieg des Personenverkehrs in den Jahren 1917 (152 Millionen beförderter Personen) und 1918 (172 Millionen) zu erklären. Dieser in abgeschwächter Form auch den Güterverkehr erfassende Aufwärtstrend ist vor allem deshalb erstaunlich, weil er parallel zu der Transportkrise des Winters 1916/17 und den hohen Fahrpreiszuschlägen für Schnellzüge¹⁸³ im Spätherbst 1917 verlief. Erklärbar wird diese Entwicklung aber durch die Vervielfachung der Hamsterfahrten, welche die Stadtbevölkerung in die agrarischen Gebiete Sachsens unternahm, durch das allmähliche Überwinden des Beschäftigungstiefs seit 1916 und schließlich durch die sich

¹⁷⁹ LUDWIG RENN, *Adel im Untergang*, Berlin/Weimar 31975 (Erstausgabe 1947), S. 56; vgl. ferner ZEISE/RÜDIGER, *Bundesstaat* (wie Anm. 15), S. 385, 387 und S. 389, Karte 13.

¹⁸⁰ Vgl. hierzu die Angaben in StDR 36, S. 143.

¹⁸¹ Vgl. SächsHStA Dresden, KA(P) 13140, S. 145 f.

¹⁸² Dies belegen eine durchschnittliche Reisedistanz von weniger als 24 Kilometern und der hohe Anteil der Reisenden in der III. und IV. Wagenklasse. Ergänzt sei, daß 1905 noch doppelt so viel Fahrkarten für die III. Klasse gelöst wurden wie für die IV., 1913 übertraf dann erstmals deren Zahl die der III. Wagenklasse. Diese und die folgenden Angaben ermittelt nach SJKS 39, S. 110; SJKS 42, S. 131; SJFS 44, S. 198; SJFS 45, S. 192.

¹⁸³ Vgl. SächsHStA Dresden, MdI 6976, Bl. 195r.

im Zuge des Hindenburgprogramms verstärkende Pendlerbewegung. Einen bedeutenden materiellen Beitrag zur Regenerierung des Eisenbahnbetriebs leistete zudem die sächsische Regierung, indem sie den Staatshaushalt für die Finanzperiode 1916/17 um 115 Millionen Mark aufstockte, von denen die Staatseisenbahnen rund 65 Millionen Mark erhielten (darunter 20 Millionen für neue Lokomotiven und Wagen). So konnte die Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen, obwohl sie zwischen 1914 und 1918 ca. 30 % ihrer Angestellten und 200 ihrer Lokomotiven an die Heeresverwaltung abstellen mußte, ihren Fuhrpark von 1 637 Lokomotiven im Jahr 1913 auf 1 863 Lokomotiven im Jahr 1918 erweitern.¹⁸⁴

Einschneidende Folgen hatte der Krieg auch für den innerstädtischen Verkehr, insbesondere weil es aufgrund des großen Heeresbedarfs an zivilen Lastkraftwagen und kräftigen Zugtieren mangelte. Aus Platzgründen kann hier auf diese Problematik zwar nicht näher eingegangen werden. Stellvertretend für den Einfallsreichtum, der sich angesichts der Verknappung des Transportraums entfaltete, seien aber zwei Beispiele angeführt: In einigen Städten, wie zum Beispiel Dresden und Meißen, wurden die Straßenbahnen so umgerüstet, daß man sie zur Güterbeförderung einsetzen konnte. Und in der Landeshauptstadt stellte der Zirkus Sarrasani seine Zugelefanten und Kamele als Transportmittel zur Verfügung.¹⁸⁵

VI. Zusammenfassung und Bewertung

Angesichts ihres hohen Industrialisierungsgrades war die sächsische Wirtschaft 1914 eigentlich prädestiniert für einen „modernen industriellen Abnutzungskrieg“¹⁸⁶, in dem technische Kompetenz immer mehr an die Stelle traditioneller militärischer Tugenden trat. Bemerkenswerterweise gelang aber die Umstellung des sekundären Sektors auf die Kriegsnachfrage deutlich schlechter als in Süddeutschland oder Preußen. Eine Kardinalrolle spielte dabei die Sondersituation, die aus der Wirtschaftsblockade der Entente und aus der Prioritätensetzung zugunsten der Ansprüche des Heeres resultierte. Zu nennen sind hier in erster Linie die Unterbrechung der Verbindung mit den ausländischen Beschaffungsmärkten, das Stocken der Nachfrage nach den in Sachsen hauptsächlich produzierten Konsum- und Luxusgütern sowie die Benachteiligung der hier so zahlreichen Kleinbetriebe durch die militärische Einziehungspraxis und die Still- bzw. Zusammenlegungspolitik. Diese Faktoren allein reichen jedoch nicht aus, um den wesentlich über dem Reichsdurchschnitt liegenden Rückgang der Zahl der Industriearbeiter in Sachsen zu erklären.

¹⁸⁴ Vgl. SJKS 43, S. 192 f.; SJKS 44, S. 198.

¹⁸⁵ Vgl. SächsHStA Dresden, KA(P) 13140, S. 155.

¹⁸⁶ WOLFGANG KRUSE, Gesellschaftspolitische Systementwicklung, in: Ders., Eine Welt von Feinden (wie Anm. 9), S. 72.

Vielmehr traten daneben im Zuge einer den Krieg begleitenden Forcierung des innerdeutschen Wettbewerbs latente, die Substanz betreffende Schwachpunkte zutage, die auch durch eine massive ökonomische Krise in Friedenszeiten hätten bloßgelegt werden können. Abgesehen vom immer wieder beschriebenen überproportional hohen Anteil textilgewerblicher Unternehmungen waren dies: Die vergleichsweise geringen Impulse, die vom Maschinenbau als eigentlicher Schlüsselindustrie ausgingen, das wirtschaftspolitische Agieren der sächsischen Behörden, denen es an Initiative und Durchsetzungswillen mangelte, und die eng begrenzte Fähigkeit, die Abwanderung von Facharbeitern in Regionen mit einem höheren Lohnniveau zu verhindern. Hinzu kam das auf die Kriegsdauer beschränkte Problem der schlechten Mobilisierbarkeit zusätzlicher weiblicher Arbeitskraft aufgrund eines wohl bereits vor 1914 sehr hohen Ausschöpfungsgrades dieser Erwerbstätigenkategorie.

Festzuhalten ist allerdings auch, daß die sächsische Industrie keineswegs überwiegend stillgelegt wurde oder sich lediglich durch „Ausweichproduktion“ über den Krieg retten konnte.¹⁸⁷ Erstens weisen die Statistiken für den Mai 1918 gegenüber demselben Monat des Jahres 1914 „nur“ einen Fehlbestand von rund einem Drittel der Betriebe und etwas mehr als einem Fünftel der Arbeiter aus. Zweitens umfaßte die Produktion außer dem Heeresbedarf weiterhin eine breite Palette von Artikeln des Privatbedarfs.¹⁸⁸ Eine große Anzahl von Betrieben stellte Kriegsgüter zudem eher im Sinne einer Produktdifferenzierung her, also durch eine (temporäre) Erweiterung ihres auf zivile Bedürfnisse fokussierten Produktionsprogramms, wie man sie im Frieden typischerweise anlässlich von Trend- oder Modewechseln findet.¹⁸⁹ Drittens läßt sich wenigstens für die Kapitalgesellschaften Sachsens beobachten, daß sie als Gegenleistung für ihre Anpassung an die geänderte Nachfrage mit Gewinnen belohnt wurden, die diejenigen der letzten Friedensjahre beträchtlich übertrafen.

Im Unterschied zum sekundären Sektor ist die Lageentwicklung des primären Sektors eher als positiv zu werten. Bergbau und Landwirtschaft kamen die Rohstoff- bzw. Lebensmittelknappheit zugute. Die Notwendigkeit zur vollen Ausschöpfung respektive Erweiterung der Kapazitäten führte allerdings in der Landwirtschaft zu einem Raubbau an der Betriebssubstanz und im Bergbau zu einer künstlichen Aufblähung durch eine Anzahl von Werken, die im Frieden nicht rentabel hätten arbeiten können.

¹⁸⁷ Vgl. oben, S. 278.

¹⁸⁸ Vgl. MÄRZ, Sächsische Industrie (wie Anm. 1), S. 219, 226, 228.

¹⁸⁹ Vgl. dazu die Ausführungen zur „dynamischen Produktdifferenzierung“ in BERND KALUZA, Erzeugniswechsel als unternehmenspolitische Aufgabe. Integrative Lösungen aus betriebswirtschaftlicher und ingenieurwissenschaftlicher Sicht, Berlin 1989, bes. S. 21–39 und S. 64–83. Obwohl Kaluzas Anregungen den Industrieunternehmungen des späten 20. Jahrhunderts gelten, sind sie mit den notwendigen zeitspezifischen Modifikationen durchaus auch auf die Zeit des Ersten Weltkriegs übertragbar.

Im tertiären Sektor profitierten die Kreditinstitute und Sparkassen sowohl vom erhöhten Finanzierungsbedarf des Staates und der Unternehmen als auch von der reduzierten Umsetzbarkeit der Löhne. Eine günstige Bilanz dürfte auch der sächsische Großhandel gezogen haben, der als Mittler zwischen den Herstellern auf der einen Seite und den Kleinhändlern sowie den Endabnehmern auf der anderen traditionell eine starke Position besaß. Ähnlich wie in den beiden anderen Sektoren waren es hier die kleinen Firmen, denen in der Kriegsmangelwirtschaft die Selbstbehauptung am schwersten fiel.

Anschließend an das bisher Erörterte ergeben sich zwei Fragen, deren Beantwortung aber einer weiteren Untersuchung überlassen bleiben muß: Welche Folgen hatte die Kriegswirtschaft für Sachsen über das Kriegsende hinaus? Inwieweit begriff die sächsische Industrie den Ersten Weltkrieg nicht als konjunkturellen Sonderfall, sondern als ‚Modernisierer‘, der ihre Schwächen bloßlegte und sie aus insgesamt ernüchternden ‚Kriegserfahrungen‘ geeignete Lehren für die Zeit nach 1918 ziehen ließ?